
Demokratie der Reichen? Soziale und politische Ungleichheit in Wien

Tamara Ehs, Martina Zandonella

1. Einleitung

An den Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen 2020 hat mehr als ein Drittel der wahlberechtigten WienerInnen nicht teilgenommen (Wahlbeteiligung: 65,3%), die Wahlbeteiligung lag außerdem rund 10% unter jener von 2015. Wien hat damit im internationalen Vergleich und entgegen dem europäischen Trend (vgl. Hooghe und Kern 2017) zwar immer noch eine relativ hohe Wahlbeteiligung, diese ist jedoch ungleich verteilt: Manche Bezirke, etwa Hietzing und die Josefstadt, sind Wählerhochburgen mit um die 80% Beteiligung, während andere Bezirke wie Favoriten oder die Brigittenau nur um die 60% Wahlbeteiligung erreichen. Bereits auf den ersten Blick sticht hervor, dass Bezirke mit hoher Wahlbeteiligung auch über ein hohes Maß an sozioökonomischen Ressourcen verfügen: Das Durchschnittseinkommen ist hoch, der Anteil an AkademikerInnen ebenso, und die Arbeitslosigkeit ist gering. Bezirke hingegen, die über weniger sozioökonomische Ressourcen verfügen, belegen bei der Wahlbeteiligung gleichfalls die hinteren Ränge.

Dies entspricht den Erkenntnissen der internationalen Forschung: Wahlbeteiligung ist auch eine Frage der verfügbaren Ressourcen, und dementsprechend wirken sich die Höhe des Einkommens und Vermögens, die Beschäftigungsart beziehungsweise Arbeitslosigkeit, die formale Bildung sowie der gesellschaftliche Status auf die politische Partizipation der Menschen aus. Dies gilt für Wahlen als gemeinhin niederschwellige Beteiligungsform und noch einmal stärker für aufwendigere Beteiligungsformen wie Bürgerinitiativen oder Konsumboykott (vgl. Ehs 2019). Für Österreich konnten Martina Zandonella und Evelyn Hacker (2016) bereits am Beispiel der Nationalratswahl 2013 belegen, dass allen voran Arbeitslosigkeit mit Nichtbeteiligung zusammenhängt. Ebenso legt eine Studie von Armin Schäfer (2015) für 23 OECD-Staaten – darunter Österreich – nahe, dass die NichtwählerInnen mehrheitlich aus Klassen mit geringen Ressourcen kommen. Im Rahmen einer europaweiten Langzeitstudie wurde wiederum nachgewiesen, dass im Zuge steigender Einkommensungleichheit auch die Wahlbeteiligung sinkt (vgl. Solt 2008).

Für Wien fehlte bislang eine detaillierte Analyse der Zusammenhänge zwischen sozioökonomischen Ressourcen und politischer Beteiligung. Offene Forschungsfragen waren: Wie genau sehen die auf den ersten Blick erkennbaren Zusammenhänge aus? Halten sie einer sozialwissenschaftlichen Analyse stand? Welche Merkmale sind von besonderer Bedeutung für die Wahlbeteiligung? Überdeckt die Heterogenität innerhalb der Bezirke eventuell einen deutlich stärkeren Effekt von sozialer Ungleichheit auf die Wahlbeteiligung, der erst bei einer kleinräumlichen Betrachtung sichtbar wird?

Diese Forschungslücke konnte nun mit einer von der Arbeiterkammer Wien, der Stadt Wien und der Robert Bosch Stiftung geförderten Studie geschlossen werden. Ziel war eine tiefgehende Analyse der Zusammenhänge zwischen sozialer Ungleichheit und Wahlbeteiligung sowohl auf Stadtteil- als auch auf individueller Ebene. Denn die Erkenntnis, dass in Bezirken mit geringem Durchschnittseinkommen die Wahlbeteiligung geringer ist, sagt noch nichts darüber aus, ob es tatsächlich die WienerInnen mit geringem Einkommen sind, die in geringerer Zahl seltener zur Wahl gehen. Der vorliegende Artikel fasst die Ergebnisse dieser Studie zusammen und möchte einen evidenzbasierten Beitrag zur Diskussion über die soziale Schieflage unserer Demokratie leisten. Der wissenschaftlichen Einordnung unserer Studie (Kap. 2) folgt dabei das methodische Vorgehen (Kap. 3), bevor die Kapitel 4 bis 6 sich mit den inhaltlichen Erkenntnissen befassen. Kapitel 7 leitet daraus Verbesserungsvorschläge ab und stellt diese zur Diskussion, Kapitel 8 fasst abschließend zusammen.

2. Wissenschaftliche Einordnung

In seinem Essay „Grenzen der Demokratie“ bezeichnet der Soziologe Stephan Lessenich die Geschichte der Demokratie als „im Kern eine Geschichte der Klassenkämpfe“ (Lessenich 2019, 20) und verweist damit auf das Spannungsfeld zwischen Demokratie und Kapitalismus. Während die kapitalistische Gesellschaftsform auf Konkurrenz und ökonomischer Ungleichheit gründet, basiert die demokratische Gesellschaftsform auf politischer Gleichheit. Die Demokratie beansprucht „das gleiche Recht aller Bürger*innen auf Teilhabe an der kollektiven Gestaltung der sie gleichermaßen betreffenden gesellschaftlichen Lebensverhältnisse“ (Lessenich 2019, 18). Dieses gleiche Recht auf Teilhabe ist nicht nur formal zu verstehen: Es genügt dem demokratischen Anspruch nicht, dass Menschen mit gleichen Teilhaberechten ausgestattet sind, vielmehr müssen ebenso die Voraussetzungen zur Beteiligung gleich verteilt sein. Dies betrifft beispielsweise politische Bildung, sodass BürgerInnen überhaupt Kenntnis von ihren Beteiligungsrechten und dem Umgang mit diesen erlangen. In

diesem Zusammenhang berichten jedoch auch in Österreich allen voran die jungen Menschen mit geringen sozioökonomischen Ressourcen, dass sie im Rahmen der schulischen politischen Bildung zu wenig über ihre Rechte als BürgerInnen erfahren haben lernen beziehungsweise gelernt haben (Zandonella und Heinz 2018).

Gemäß dem demokratischen Ideal spielt die gesellschaftliche Position der Einzelnen für das Ausmaß ihrer politischen Beteiligung keine Rolle. Im Istzustand der Demokratie unter kapitalistischen Bedingungen zeigt sich jedoch zunehmend, dass sozioökonomische Ungleichheit die Realisierung gleicher Teilhabe an der politischen Gestaltung unserer Lebensbedingungen verhindert. Dabei war der Anspruch der Demokratie an politische Gleichheit (Input) und gleiche Responsivität des politischen Systems (Output) historisch gesehen noch nie vollkommen erfüllt. In den letzten Jahrzehnten entfernt sich der Istzustand jedoch wieder zusehends von seinem ursprünglichen Versprechen. Dies betrifft in erster Linie Staaten mit hoher ökonomischer Ungleichheit und fehlender Umverteilungspolitik wie etwa die USA. Der Politikwissenschaftler Russell Dalton bringt die auf sozialer Klasse beruhende Beteiligungskluft sowie die daraus folgenden daran anschließenden Verzerrungen der politischen Themensetzung und Entscheidungen auf den Punkt: „Income rich means politically rich“ (Dalton 2017, 215) – reich an Einkommen bedeutet reich an politischem Einfluss.

Nun erreicht die ökonomische Ungleichheit in Österreich noch lange nicht das Niveau der USA oder des Vereinigten Königreichs. Im Verlauf der letzten Jahrzehnte hat sie jedoch auch bei uns deutlich zugenommen: Seit den 1980er Jahren steigen Arbeitslosigkeit und atypische Beschäftigungsverhältnisse an, und insgesamt wurde es schwieriger, einen Arbeitsplatz zu finden und diesen langfristig zu behalten. Im Vergleich zu unselbstständigen Einkommen sind Unternehmens- und Vermögenserträge überproportional angestiegen, bei den Einkommen haben wiederum die höheren weitaus stärker zugelegt als die niedrigeren. Im selben Zeitraum wurde der Zugang zu sozialen Sicherungsleistungen erschwert und deren Höhe reduziert (vgl. AMS 2020, Sozialministerium 2020, Alzinger et al. 2017, Knittler 2016). Noch einmal ungleicher verteilt als Einkommen ist in Österreich Vermögen: Das reichste 1% der Menschen besitzt inzwischen rund 41% des gesamten Nettovermögens, die untere Hälfte lediglich rund 3% (vgl. Ferschli et al. 2017).

Aktuell verschärft die Corona-Pandemie diese Entwicklungen und das damit einhergehende Prekarisierungsrisiko weiter. So berichten 64% der Menschen im unteren Einkommensdrittel, dass sich ihre finanzielle Situation im Zuge der Pandemie (weiter) verschlechtert hat (vgl. Zandonella 2020). Ökonomische Unsicherheit ist außerdem ein zentraler Faktor in Bezug auf die Verschlechterung der psychischen Gesundheit während

der Pandemie (vgl. Zandonella et al. 2020). Darüber hinaus belegt für Wien das „Sozialraum Monitoring“, dass die Kluft zwischen Wohlstandszonen und statusniedrigen Gebieten in der Stadt wächst (Molina et al. 2020), worauf schon Hatz et al. 2016 in ihrer Studie zu Wohnpolitik und Stadtplanung hingewiesen haben.

Ökonomische Ungleichheit drückt auch in Österreich auf die Zufriedenheit mit der Demokratie und behindert politische Beteiligung: So finden 78% der Menschen im ökonomisch stärksten Drittel, dass das politische System in Österreich gut funktioniert, jedoch nur 43% im ökonomisch schwächsten Drittel (vgl. Zandonella 2020). In der Folge Dementsprechend sind auch die NichtwählerInnen nicht gleichmäßig über alle Klassen verteilt: 17% des ökonomisch stärksten und 22% des mittleren Drittels haben nicht an der Nationalratswahl im Herbst 2019 teilgenommen, jedoch 41% des ökonomisch schwächsten Drittels (vgl. Zandonella 2019).

Wenn reichere Menschen überproportional zu den Urnen schreiten und gemäß ihrer sozioökonomischen Lage Parteien wählen, die ihre relativ privilegierte Position weiterhin absichern, sind deren politische Anliegen in den allgemeinen demokratischen Institutionen schließlich überproportional vertreten. Arme und armutsgefährdete Menschen, prekär Beschäftigte, arbeitslose Menschen, Menschen mit geringem Berufsprestige und Menschen mit formal geringeren Bildungsabschlüssen nehmen in geringerer Zahl seltener an Wahlen teil und haben damit nicht dieselbe Chance, dass ihre Anliegen im politischen Prozess gehört und umgesetzt werden. Nach dem Grund für ihre Wahlenthaltung gefragt, antworten auch zahlreiche NichtwählerInnen in der vorliegenden Studie: „Für mich ändert sich da ja doch nichts“ oder „Alle Parteien kümmern sich um die Mittelschicht, und da gehöre ich nicht dazu“.

Dieser Eindruck, dass Angehörige der unteren Klassen von der Politik weniger wahrgenommen werden, ihre Stimme weniger Gewicht hat und ihre politischen Anliegen weniger wert sind, trügt nicht: Die Politikwissenschaftlerin Lea Elsässer (2018) weist in ihrer bahnbrechenden Arbeit nach, dass das politische System in Deutschland nicht in gleichem Maße auf die Anliegen aller sozialen Klassen antwortet. Für einen Zeitraum von über 30 Jahren (1980–2013) und über unterschiedliche Regierungskonstellationen hinweg zeigen ihre Daten, dass die politischen Entscheidungen des Bundestages stark zugunsten der oberen Berufs- und Einkommensgruppen verzerrt sind. Die unteren Klassen haben kaum Chancen, dass ihre Anliegen politisch umgesetzt werden – außer sie stimmen mit jenen der oberen Klassen überein. Dies traf bereits in den 1980er-Jahren zu, als die Wahlbeteiligung noch sozial ausgeglichener war, und wurde mit der zunehmenden sozialen Schieflage in der Beteiligung immer deutlicher.

Nun mag man einwenden, dass angesichts des allgemeinen und gleichen Wahlrechts der politische Rückzug der unteren Klassen freiwillig er-

folgt. Dabei wird jedoch übersehen, dass die Entscheidung für oder gegen politische Beteiligung zwar die beziehungsweise der Einzelne trifft, dies geschieht jedoch nicht unabhängig von der sozialen Umwelt (vgl. Schäfer 2015, 227). Als soziale Wesen vergleichen Menschen sich mit anderen, und dementsprechend bleibt der unteren sozioökonomischen Klasse die wachsende Ungleichheit auch nicht verborgen. Sie schließen daraus, dass sich „die da oben“ ohnehin nur um ihresgleichen kümmern – vergeblich sei es daher, an deren politischen Verständigungsinstrumenten mitzuwirken.

Sozioökonomische Ungleichheit übersetzt sich damit in politische Ungleichheit, weil sie ohnehin benachteiligte Bevölkerungsgruppen entmutigt, sich einzubringen. Daraus entsteht eine Wirkungskette von sozioökonomischer Ungleichheit, ungleicher politischer Beteiligung und politischen Entscheidungen zu Gunsten derer, die mitwirken. Dies verstärkt wiederum die sozioökonomische Ungleichheit und die Benachteiligung der Nichtbeteiligten.

Dass ökonomische Ungleichheit in kapitalistischen Gesellschaften insgesamt zersetzend wirkt, zeigten die Gesundheitswissenschaftlerin Kate Pickett und der Wirtschaftshistoriker Richard Wilkinson (2009): Der Konkurrenzkampf zerstört die für jede funktionierende Gesellschaft unabdingbare Solidarität, Menschen fühlen sich zunehmend über- oder unterlegen, arme und arbeitslose Menschen werden stigmatisiert und für ihre Lage selbst verantwortlich gemacht. Die Sozialwissenschaften ergänzen diesen Befund mit Blick auf die Erwerbsarbeit: Zunehmende Unsicherheit und Konkurrenz beziehungsweise die damit einhergehende ständig notwendige Ressourcenmobilisierung und Selbstmaximierung lassen immer weniger Energie für individuellen Widerstand oder kollektiven Protest (vgl. Brown 2015, Castel 2009). Die Folgen sind mehr „gefügige Arbeitskräfte“ (Boltanski und Chiapello 2003, 262) und eine weitere Machtverschiebung von der Arbeit hin zum Kapital (vgl. Dörre et al. 2013).

Die soziologische Analyse verweist bereits seit einiger Zeit auf die Bedeutung von „sozialen Kränkungen“ für die politische Kultur und die politische Beteiligung. Derartige Kränkungen entstehen in erster Linie durch die zunehmende Ungerechtigkeit der Gesellschaft, basierend auf ökonomischer Ungleichheit, der Prekarisierung von Erwerbsarbeit und mangelnder Wertschätzung. Robert Castel (2000) folgend, teilt sich die Gesellschaft entlang des Ausmaßes an Inklusion in drei Zonen:

- Die Zone der Integration ist gekennzeichnet durch Erwerbstätigkeit, die eine stabile gesellschaftliche Existenz ermöglicht und soziale Sicherheit gewährt. Die Inklusion in Gesellschaft und Demokratie ist auch durch das volle Wahlrecht gewährleistet.
- In der Zone der Verwundbarkeit erodiert die subjektive Sicherheit: Unsichere Beschäftigung, geringe soziale Absicherung, sozialer Ab-

stieg oder Abstiegsängste und geringere gesellschaftliche Wertschätzung gehen einher mit verschlechterten Teilhabechancen (zum Teil trotz guter Ausbildung) und verminderten Möglichkeiten für eine geplante und zukunftsorientierte Lebensführung.

- Die Zone der Entkoppelung bedeutet den Ausschluss von sozialer Sicherheit und Partizipation und umfasst Langzeitarbeitslosigkeit ebenso wie Altersarmut.

Während sich Nichtwählen in der Zone der Entkoppelung bereits verfestigt hat, nimmt es in der Zone der Verwundbarkeit stetig zu. Neben Nichtwählen als Reaktion auf zunehmende soziale Kränkungen sind auch spezifische Einstellungsmuster zu beobachten, die auf jenen Erklärungen beruhen, die rechtsautoritäre bis rechtsextreme Parteien für gesellschaftliche Umbrüche in den politischen Diskurs einbringen, aufgreifen und verstärken. Dass diese Einstellungsmuster in engem Zusammenhang mit den drei Zonen gesellschaftlicher Inklusion stehen, haben Klaus Dörre und seine KollegInnen in ihren umfassenden Untersuchungen aufgezeigt (zusammenfassend u.a. Dörre 2007): In der Zone der Verwundbarkeit und der Zone der Entkoppelung werden „rebellische rechtspopulistische Einstellungsmuster“ verortet. Zunehmende Resignation sowie übergreifende Unkontrollierbarkeit führen zu einer Mischung aus Enttäuschung und Wut, die in der Ablehnung von Eliten („denen da oben“) und AusländerInnen („den anderen“) mündet. „Konservierende rechtspopulistische Einstellungen“ finden sich hingegen vor allem in der Zone der Integration als Folge der Beobachtung von Abstieg und Abstiegsängsten. Die Einstellungsmuster werden hier als Mittel in der Konkurrenz um schwindende Ressourcen wie gesicherte Erwerbsarbeit interpretiert. Auch „konformistische rechtspopulistische Einstellungsmuster“ finden sich v.a. in der Zone der Integration, jedoch ebenso in der Zone der Verwundbarkeit. Hierbei formulieren Menschen den marktspezifischen Leistungs- und Anpassungsdruck, den sie selbst erfahren, als Anforderung an andere, gleichfalls entsprechend zu leisten und sich anzupassen. Dieses Reservoir füttern rechtsautoritäre bis rechtsextreme Parteien, und darin fischen sie erfolgreich nach WählerInnen.

Im Umkehrschluss bedeutet dies jedoch auch, dass – entgegen so mancher Berichterstattung – nicht in erster Linie arme, armutsgefährdete, langzeitarbeitslose und formal geringer gebildete Menschen rechts(autoritär) wählen. In diesen Gruppen sind nicht nur viele gar nicht wahlberechtigt, ebenso hat sich ein beträchtlicher Teil von ihnen bereits aus dem demokratischen Prozess verabschiedet. Der größte Beitrag für rechte Parteien kommt aus der Zone der Verwundbarkeit. Dort herrschen verbreitet Abstiegsängste, die von den Parteien in horizontale Kämpfe (z.B. InländerInnen gegen AusländerInnen, Stadt gegen Land, Österreich gegen „Brüssel“) überführt werden, sozioökonomische Ungleichheit überdecken,

Solidaritäten zerstören und zudem das Demokratiebewusstsein beschädigen. Mittlerweile greifen die Ängste auch in die Zone der Integration sowie in das obere Einkommensdrittel über (vgl. Zandonella 2019). Die Zunahme autoritärer Einstellungen unter den Besserverdienenden und gesellschaftlich Abgesicherten geht mit einer Hinwendung zu rechtskonservativen Parteien einher, denn diese versprechen, die privilegierte Position und die gesellschaftliche Hegemonie – um die das obere Einkommensdrittel angesichts steigender Ungleichheit und entsprechender sozialer Verwerfungen fürchtet – abzusichern. Der Historiker Tony Judt (2010) macht auf eine Parallele zu den 1930er-Jahren aufmerksam: Es seien allen voran die Angst und Enttäuschung des Bürgertums gewesen, die zum Faschismus geführt hätten, weswegen die größte Aufgabe und Errungenschaft der Nachkriegspolitik und insbesondere „kluger Konservativer“ gewesen sei, die bürgerliche Ober- und obere Mittelklasse an den Wohlfahrtsstaat und seine demokratischen Institutionen zu binden. Sie hätten erkannt, dass man künftige Krisen nicht allein mit antizyklischer Wirtschaftspolitik verhindern könne, sondern dass es den Sozialstaat brauche, was wiederum nach progressiven Steuern und einem regulierten Markt verlange. Auch in der Demokratiegeschichte Wiens zeigt sich, dass die Sozialdemokratie bei den letzten freien Wahlen der Ersten Republik im Jahr 1932 mit 59% ihr Ergebnis halten konnte. Das ist insofern erwähnenswert, als zugleich die NSDAP mit 17,4% in den Gemeinderat einzog – sie konnte aber kaum in die sozialdemokratische Wählerschaft vordringen, sondern ihre Gewinne im bürgerlichen Milieu erringen (vgl. Seliger und Ucakar 1984).

Obwohl es bei den Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen niemals eine Wahlpflicht gab, lag die Wahlbeteiligung bis in die 1980er-Jahre stets bei weit über 70% bis an die 80%. Eine hohe Wahlbeteiligung bedeutet auch eine sozial ausgeglichene Teilnahme. Mit dem allmählichen Rückbau sozialliberaler Errungenschaften und dem Anstieg sozialer Ungleichheit fiel die Wahlbeteiligung erstmals bei der Landtags- und Gemeinderatswahl von 1987 unter die Zweidrittelmarke (63,7%) – und sie fiel in den einzelnen Bezirken ungleich: Hatten in den Jahrzehnten zuvor die bürgerlich geprägten Innenbezirke (v.a. der erste und vierte Bezirk sowie der sechste bis neunte Bezirk) die geringste Wahlbeteiligung und gingen die Wahlberechtigten in Bezirken mit hohen Anteilen an ArbeiterInnen (zehnter, elfter, 20., 21. und 22. Bezirk) beinahe geschlossen zu den Urnen, kehrte sich dies in den 1990er-Jahren um (vgl. Ehs 2019). Heute weisen jene Bezirke der Arbeiterschaft, die auch durch ein geringeres Durchschnittseinkommen und eine höhere Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sind, die geringste Wahlbeteiligung auf, wohingegen die Stimmberechtigten in den bürgerlichen Bezirken ihr Wahlrecht in großer Zahl ausüben – der Unterschied in der Wahlbeteiligung betrug bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen 2015 und 2020 sowie bei der Nationalratswahl 2019 bis zu 15

Prozentpunkte. Zu dieser sozialen Schieflage kommt hinzu, dass in Wien jeder und jede zweite ArbeiterIn aufgrund ausländischer Staatsbürgerschaft nicht wahlberechtigt ist. Damit nähert sich auch die Demokratie in Österreich beziehungsweise in Wien dem internationalen Trend einer „Zweidritteldemokratie“ (Merkel und Petring 2011) an, bei der das sozioökonomisch schwächste Drittel der Gesellschaft zunehmend von politischer Beteiligung Abstand nimmt beziehungsweise aufgrund seines Ausschlusses vom Wahlrecht Abstand nehmen muss und schließlich nicht im politischen Spektrum vertreten ist.

Der im Verlauf dieses Kapitels aufgezeigte Verlust von politischer Gleichheit und die Kumulierung politischer Beteiligung und politischen Einflusses auf Seiten ressourcenstärkerer Gruppen haben weitreichende Folgen für die Stabilität und Legitimität einer Demokratie – vor allem in Zeiten wieder zunehmender sozialer Ungleichheit (u.a. Schäfer 2015). Die soziale Frage ist daher in Diskussionen um die Krise der Demokratie zentral: Verschlechtert sich die subjektive Lebensqualität der Menschen, sinkt ihr Vertrauen in beziehungsweise ihre Zufriedenheit mit der Demokratie (für Österreich: Schlipphak 2012). Die Abstiegsängste der sozioökonomisch in Bedrängnis geratenen Mittelklasse und die Entsolidarisierung einer auf Absicherung ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stellung bedachten Elite, die rechte Parteien nicht nur wählt, sondern auch finanziell unterstützt, führen zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft und letztlich zu einer Erosion der Demokratie. Denn die Gesetzgebung rechtskonservativer und rechtsautoritärer Parteien setzt ihren Fokus auf jene Politikbereiche, die den Wohlstand der Bessergestellten absichern, und lenkt gleichzeitig die Interessen der übrigen Wählerschaft auf polizeilich verstandene Sicherheits- und Migrationspolitik. Dadurch erfolgt ein (weiterer) Abbau sozialstaatlicher Netze, was in der Folge die soziale Ungleichheit verschärft, die Wahlbeteiligung in einer sozioökonomischen Schieflage hält und die Wahlpräferenzen rechts der Mitte verortet (vgl. Epp und Borghetto 2020).

Dass Verteilungsthemen nicht mehr in einem der steigenden ökonomischen Ungleichheit entsprechenden Maß zu den politischen EntscheidungsträgerInnen vordringen, liegt jedoch nicht nur an der (nicht artikulierten) Nachfrage der Wahlberechtigten, sondern ebenso am Angebot. Sven Hillen und Nils Steiner (2020) folgend, besteht ein Angebots-Gap im Parteiensystem, der dazu führt, dass die weltanschauliche Position der unteren Klassen in den europäischen Parlamenten – und schließlich in den Regierungen – nicht (mehr) vertreten ist (vgl. auch Rosset und Stecker 2019).

Neue Parteien haben jedoch aufgrund des Systems der Parteienförderung und der medialen Berichterstattung einen erheblichen Wettbewerbsnachteil. So lädt zum Beispiel der ORF nur jene Parteien in die großen Diskussionssendungen ein, die bereits zuvor im Nationalrat beziehungsweise

Landtag vertreten waren. Und die Parteienförderung kommt wiederum nur jenen zugute, die bei der Wahl eine nicht unerhebliche Stimmenschwelle erreichen. Mit einer neuen Partei erfolgreich zu sein, ist also nicht nur eine Frage der Themensetzung, sondern vor allem auch eine des Geldes. So ist die österreichische Parteienlandschaft in den vergangenen Jahren zwar deutlich in Bewegung geraten und drei der vier letzten Nationalratswahlen brachten eine neue Partei ins Parlament. Aber lediglich eine dieser drei Parteien (Neos) schaffte es aus dem Stand und ohne vorherige Zugehörigkeit zum politischen Establishment ins Parlament. Dabei hatte und hat sie noch immer durch den Unternehmer Hans Peter Haselsteiner großzügige finanzielle Unterstützung. Trotz des versuchten Ausgleichs zwischen Demokratie und Kapitalismus durch die Parteienförderung ist in einer Mediendemokratie Aufmerksamkeit käuflich, was ressourcenstarken neuen Parteien einen Wettbewerbsvorteil verschafft. BZÖ (2006), Team Stronach (2013) und die Liste Pilz (2017) hatten einen anderen Startvorteil – sie waren vor der Wahl durch Abspaltung von anderen Klubs bereits im Parlament vertreten oder sogar Regierungspartei (vgl. Ehs und Vospernik 2020). Da also auch die Angebotsseite eine ökonomische Schiefelage aufweist, finden Wahlberechtigte der unteren Klasse eine geringere Auswahl von ihre Interessen vertretenden Parteien vor als Wahlberechtigte der mittleren und oberen Klassen.

In ihrer Zusammenschau wiesen die Daten zur österreichischen Demokratiequalität bereits vor der Corona-Pandemie in eine besorgniserregende Richtung (Ehs 2020a): Die höchste Arbeitslosigkeit der Zweiten Republik traf als massive ökonomische Verunsicherung und Perspektivenlosigkeit auf einen angstbesetzten politischen Ausnahmezustand. Zwar fängt der österreichische Sozialstaat noch immer viele Sorgen auf, indem er Risiken wie Armut, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter weitgehend dekommodifiziert; doch das Sozialeigentum – also das Anrecht auf soziale Sicherungsleistungen, Rentenansprüche, öffentliche Güter und Dienstleistungen – ist in den vergangenen Jahren geschrumpft, und die zu Pandemiebeginn kurz aufgeflammete Diskussion über Vermögenssteuern, ein höheres Arbeitslosengeld, eine Einkommenserhöhung für gering bezahlte „systemrelevante“ Arbeit oder eine Jobgarantie ist nie über die (außerparlamentarische) Opposition hinausgekommen.

3. Methodik

Um einen sowohl breiten als auch tiefen Einblick in die Zusammenhänge zwischen sozialer Ungleichheit und Wahlbeteiligung in Wien zu erhalten, gründet die durchgeführte Studie auf einem Mixed-Methods-Design: Aggregatdaten auf kleinräumlicher Ebene wurden aufbereitet (Modul 1),

quantitative Daten (Modul 2) und qualitative Daten (Modul 3) auf individueller Ebene erhoben. Die drei Module bauten dabei inhaltlich aufeinander auf.

Modul 1 ergibt sich aus dem bereits bekannten Umstand, dass die Wahlbeteiligung in den Wiener Bezirken mit weniger sozioökonomischen Ressourcen deutlich geringer ausfällt als in den ressourcenstärkeren Bezirken. Da die Bezirke jedoch nicht nur untereinander, sondern auch in sich heterogen sind, stellte sich die Frage, ob der soziale Spalt in der Wahlbeteiligung, wenn er nur auf Bezirksebene betrachtet wird, nicht unterschätzt wird. Um dem nachzugehen, war eine kleinräumliche Betrachtung nötig. Die Datengrundlage von Modul 1 basiert daher auf der Verschneidung von Zählsprengeln und Wahlsprengeln: Zählsprengel sind geografische Bezugsräume und eine der kleinsten regionalstatistischen Einheiten, für die regelmäßig Strukturdaten erhoben werden. Wien ist in 1.343 Zählsprengel unterteilt, und für jeden dieser Zählsprengel steht eine Reihe von Indikatoren zur sozialen Ungleichheit zur Verfügung (formale Bildungsabschlüsse, durchschnittliches lohnsteuerpflichtiges Jahresnettoeinkommen, Arbeitslosenquote, Beschäftigte in unterschiedlichen Wirtschaftszweigen, Geschlecht, Alter, Staatsbürgerschaft und Migrationshintergrund)¹. Keinerlei Informationen liefern Zählsprengel über die Wahlbeteiligung, und an dieser Stelle kommen die Wahlsprengel ins Spiel. Sie sind die kleinste im Wahlrecht verankerte Verwaltungseinheit und sollen den Wahlvorgang erleichtern, daher erfolgt ihre Einteilung nach der erwarteten Anzahl an WählerInnen pro Stunde.² Bei der für Modul 1 relevanten Nationalratswahl 2019 war Wien in 1.447 Wahlsprengel unterteilt. Für jeden Wahlsprengel stehen die Wahlbeteiligung (exklusive Wahlkartenstimmen)³ und das Wahlergebnis zur Verfügung.

Zähl- und Wahlsprengel können übereinstimmen, sie müssen es jedoch nicht. Aus diesem Grund wurden die beiden räumlichen Einheiten mithilfe des Geoinformationssystems QGIS⁴ verschnitten: Berechnet wurden die mittleren Koordinaten jedes Wahlsprengels, und diese Punkte wurden in

¹ Diese Daten wurden von der Statistik Austria zugekauft. Für weitere Informationen zu den verfügbaren regionalen Datenpaketen siehe: https://statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/statistische_zaeahlsprengel/index.html (abgerufen am 25.4.2021).

² Für weitere Informationen siehe Nationalrats-Wahlordnung von 1992: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=BundesnormenundGesetzesnummer=10001199> (abgerufen am 25.4.2021).

³ Um für jeden Wahlsprengel die Wahlbeteiligung inklusive der Wahlkarten-WählerInnen zu erhalten, wurden die abgegebenen Wahlkarten anteilmäßig und mit den statistischen Verfahren der SORA-Wahlkartenprognose den einzelnen Wahlsprengeln zugeordnet.

⁴ Für weitere Informationen siehe QGIS: <https://www.qgis.org/de/site/> (abgerufen am 25.4.2021).

die Wienkarte mit den Zählsprengeln integriert. Für jene Zählsprengel, die nach diesem Schritt keinen Wahlsprengel-Punkt und damit keine Information über Wahlbeteiligung innerhalb ihrer Grenze hatten, wurden die Wahlsprengel-Punkte mit einem kreisrunden Puffer (Durchmesser von 100 Metern) versehen. Für Zählsprengel mit mehr als einem Wahlsprengel-Punkt wurde die mittlere Wahlbeteiligung berechnet. So wurde ein Datensatz generiert, dessen Einheit Zählsprengel sind und der für jeden Zählsprengel (1) die verfügbaren Indikatoren zur sozialen Ungleichheit und (2) die mittlere Wahlbeteiligung jener Wahlsprengel, deren geografische Mittelpunkte im Zählsprengel liegen, enthält. Diese Verschneidung zweier räumlicher Einheiten war zum Zeitpunkt der Untersuchung die bestmögliche Vorgehensweise in Hinblick auf die Aufbereitung der zur Verfügung stehenden Daten. Sie ist jedoch mit Unschärfen behaftet, und die Ergebnisse der statistischen Analysen sind mit dementsprechender Vorsicht zu interpretieren.

Im Rahmen von Modul 2 wurde eine repräsentative Befragung unter 981 Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Wien durchgeführt. Die Interviews fanden zwischen dem 25. Mai und dem 26. Juni 2020 statt. Zwei Drittel der Interviews wurden telefonisch (CATI), ein Drittel wurde online (CAWI) geführt, die durchschnittliche Dauer der Interviews betrug 13 Minuten. Für die Befragung wurde ein standardisierter Fragebogen entwickelt, der unter anderem die Einstellungen der Menschen zur Demokratie und zum politischen System in Österreich, ihre Nähe beziehungsweise Distanz zu diesem System, ihre politische Partizipation und ihre politische Selbstwirksamkeit beziehungsweise wahrgenommene Responsivität erfasste. Die Stichprobe wurde entlang der drei in Modul 1 identifizierten sozioökonomischen Cluster und innerhalb dieser mittels Zufallsauswahl gezogen, 327 WienerInnen pro Cluster wurden befragt. Die TeilnehmerInnen der Online-Befragung wurden vorab telefonisch rekrutiert. Die Daten sind nach Geschlecht, Alter, formaler Bildung, Erwerbsstatus und Staatsbürgerschaft gewichtet. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die Wiener Bevölkerung ab 16 Jahren.

Für Modul 3 wurden schließlich mit zehn wahlberechtigten TeilnehmerInnen leitfadengestützte, „demokratiebiografische“ Interviews durchgeführt. In diesen Interviews berichteten die WienerInnen über ihre politische Sozialisation und über ihre Erfahrungen mit Demokratie, Mitbestimmung und Politik. Qualitative Interviews dieser Art ermöglichen ein tiefergehendes Verständnis des Verhältnisses der BürgerInnen zum demokratischen System und zeigen auf, wie strukturelle Bedingungen und individuelles Handeln zusammenwirken. Die Auswahl der InterviewpartnerInnen erfolgte aus den TeilnehmerInnen der repräsentativen Befragung. Inhaltlichen Überlegungen folgend lag der Fokus dabei auf den BewohnerInnen des in Modul 1 identifizierten unteren sozioökonomischen Clusters (theoreti-

ches Sampling, vgl. Strauss 1998). Die Interviews wurden entlang des entwickelten Leitfadens telefonisch durchgeführt und dauerten jeweils rund 45 Minuten. Sie fanden in der ersten Septemberhälfte 2020 statt. Der Leitfaden ermöglichte die (Teil-)Strukturierung und (Re-)Fokussierung der einzelnen Interviews; über die Interviews hinweg gewährleistet er eine thematische Vergleichbarkeit (vgl. Lamnek 2005). In der Auswertung wurden die Interviews grob kodiert und inhaltsanalytisch sowie themenzentriert ausgewertet (vgl. Flick 2007).

4. Soziale Ungleichheit und Wahlbeteiligung auf Stadtteilebene

In den Wiener Bezirken ist die Wahlbeteiligung entlang sozioökonomischer Merkmale ungleich verteilt: Bezirke mit hohem Durchschnittseinkommen und einer geringen Arbeitslosigkeit sind Wählerhochburgen. In Bezirken mit geringem Durchschnittseinkommen und hoher Arbeitslosigkeit fällt die Wahlbeteiligung deutlich geringer aus. Wie genau sehen diese bereits auf den ersten Blick erkennbaren Zusammenhänge jedoch aus? Um kleinräumig Merkmale sozialer Ungleichheit mit der Wahlbeteiligung in Verbindung zu setzen, wurden Zähl- und Wahlsprengel miteinander verschnitten. Damit gelingt es, in die einzelnen Bezirke hineinzuzoomen und einen Blick auf kleinere Stadtteile zu werfen.

Tatsächlich geht bei Betrachtung der Stadtteile und im Vergleich mit den Bezirken der Spalt in der Wahlbeteiligung noch einmal weiter auf: Bei der letzten Nationalratswahl im Herbst 2019 war die Wahlbeteiligung in der Josefstadt am höchsten (80,4%) und in Favoriten beziehungsweise in Simmering am geringsten (jeweils 64,7%) – der Unterschied beträgt 15 Prozentpunkte. In den 10% der Zählsprengele mit der höchsten Wahlbeteiligung lag diese bei 84%, in den 10% mit der geringsten Wahlbeteiligung betrug sie nur 56% – ein Unterschied von 28 Prozentpunkten. Die soziale Lage in den Stadtteilen kann wiederum an einer Reihe von Merkmalen zur sozialen Ungleichheit festgemacht werden. Dabei liegt soziale Ungleichheit immer dann vor, wenn der Zugang zu oder die Teilhabe an sozialen Gütern dauerhaft eingeschränkt sind. Dies betrifft Bildungs- und Ausbildungswege, Erwerbsarbeit, gute Arbeitsbedingungen, Einkommen, Vermögen, Wohnraum oder Gesundheit, aber auch Anerkennung und Wertschätzung sowie die Möglichkeit, an der politischen Gestaltung der eigenen Lebensumstände mitzuwirken. Der ungleiche Zugang zu beziehungsweise die ungleiche Teilhabe an diesen Gütern führen dazu, dass Menschen in ihren Lebenschancen dauerhaft beeinträchtigt oder begünstigt sind (vgl. Kreckel 2004, 17).

Soziale Ungleichheit kann in zumindest zwei miteinander verschränkten Dimensionen beobachtet werden (vgl. Burzan 2011): Zum einen teilt so-

ziale Ungleichheit die Gesellschaft in ein „Oben“ und „Unten“. Man spricht daher von „vertikaler Ungleichheit“: Formale Bildung, berufliche Qualifikation, Erwerbsarbeit (vs. Arbeitslosigkeit), Einkommen und Vermögen bestimmen die ökonomische Sicherheit der Menschen. Die Verfügbarkeit dieser Ressourcen verweist jedoch ebenso auf den sozialen Status und auf die gesellschaftliche Anerkennung, die Menschen für ihre Arbeit erhalten. Zum anderen umfasst soziale Ungleichheit Merkmale, die auch bei gleicher Position auf der vertikalen Achse Ungleichheit bedingen. Hierzu zählen Merkmale horizontaler Ungleichheit, wie z.B. Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund oder sexuelle Orientierung. So verdienen Frauen trotz gleicher Qualifikation weniger als Männer, und Menschen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft sind häufiger von Armut betroffen (vgl. Statistik Austria 2020).

Bereits der Vergleich der Stadtteile am unteren und oberen Ende der Wahlbeteiligung veranschaulicht die Bedeutung von sozialer Ungleichheit – allen voran in Form von ökonomischen Ressourcen und sozialem Status – für die Wahlbeteiligung: So ist im ersten Dezil – das sind jene 10% der Stadtteile mit der geringsten Wahlbeteiligung – die Arbeitslosigkeit nahezu viermal so hoch wie im zehnten Dezil und damit in den 10% jener Stadtteile mit der höchsten Wahlbeteiligung (22% im Vergleich zu 5,8%). Im ersten Dezil leben außerdem rund dreimal so viele WienerInnen mit maximal Pflichtschulabschluss wie im zehnten Dezil (40% im Vergleich zu 12,8%). Im Gegensatz dazu sind im zehnten Dezil fast fünfmal so viele AkademikerInnen zuhause (7,7% im Vergleich zu 36,4%). Einem Beruf mit geringem Prestige gehen zwei Drittel der Erwerbstätigen im ersten Dezil, jedoch nur ein Drittel der Erwerbstätigen im zehnten Dezil nach (63,9% im Vergleich zu 31,9%). Das durchschnittliche Jahreseinkommen der WienerInnen im ersten Dezil liegt dementsprechend um mehr als 12.000 Euro unter jenem der WienerInnen im zehnten Dezil.

Um nun herauszufinden, welche Merkmale die regionalen Unterschiede in der Wahlbeteiligung besonders gut erklären können, wurde ein Spatial-Durbin-Error-Modell berechnet, eine Spezialform des linearen Regressionsmodells. Diese statistischen Verfahren schätzen die Effekte von möglichen erklärenden Variablen auf eine zu erklärende Variable (vgl. Bortz und Döring 2006). Die zu erklärende Variable ist im vorliegenden Fall die regionale Wahlbeteiligung, die möglichen erklärenden Variablen beschreiben in ihrer Gesamtheit die soziale Lage der Stadtteile und umfassen die bereits bekannten Indikatoren sozialer Ungleichheit. Als ein Verfahren der räumlichen Ökonometrie bezieht das Spatial-Durbin-Error-Modell bei der Schätzung der Effekte auch die Nachbarschaft von regionalen Untersuchungseinheiten mit ein. Dies ist aufgrund der Kleinräumigkeit der Untersuchungseinheiten (Zählsprenkel) nötig, denn die Ausprägung einer Variable in einem Zählsprenkel ist häufig nicht unabhängig von der

Ausprägung derselben Variable in den Nachbar-Zählsprenkeln. Diese räumlichen Autokorrelationen führen in herkömmlichen Regressionsmodellen zu verzerrten Effektschätzungen (vgl. Elhorst 2010, LeSage und Pace 2009).

Untersucht wurde also, in welchem Ausmaß vertikale und horizontale Ungleichheit die Wahlbeteiligung in den Stadtteilen erklären. Die Ergebnisse des finalen Regressionsmodells zeigen (Tabelle 1): Die Bedeutung der sozialen Lage für die Wahlbeteiligung in den Stadtteilen ist hoch. Drei Viertel (74%) der Variation in der regionalen Wahlbeteiligung werden durch die sozialen Lagen der Stadtteile erklärt. Als besonders relevant erweist sich auch an dieser Stelle vertikale Ungleichheit: Je weniger ökonomische Ressourcen in einem Stadtteil zusammenkommen und je geringer der soziale Status seiner BewohnerInnen ist, desto geringer ist die regionale Wahlbeteiligung. Ausgehend vom durchschnittlichen Stadtteil gilt dabei:⁵

- Jedes Prozent mehr an WienerInnen mit maximal Pflichtschulabschluss im Stadtteil senkt die Wahlbeteiligung um 0,6%.
- Jedes Prozent mehr an arbeitslosen WienerInnen im Stadtteil senkt die Wahlbeteiligung um 0,5%.
- Jedes Prozent mehr an WienerInnen mit geringem Berufsprestige im Stadtteil senkt die Wahlbeteiligung um 0,4%.
- Jedes Prozent mehr an WienerInnen mit Hochschulabschluss im Stadtteil erhöht die Wahlbeteiligung um 0,2%.
- Jede 1.000 Euro mehr an Einkommen im Stadtteil erhöhen die Wahlbeteiligung um 1%.

Horizontale Ungleichheit hat im Gegensatz dazu keine direkten Effekte auf die regionale Wahlbeteiligung. Sobald die Indikatoren zur vertikalen Ungleichheit in das Regressionsmodell mit aufgenommen werden, sind die Indikatoren zur horizontalen Ungleichheit nicht mehr signifikant. Dies verweist auf indirekte Effekte: Je weniger Wahlberechtigte und je mehr WienerInnen mit türkischer Staatsbürgerschaft oder ex-jugoslawischen Staatsbürgerschaften im Stadtteil leben, desto geringer sind die sozioökonomischen Ressourcen sowie der soziale Status im Stadtteil und umso geringer ist die Wahlbeteiligung.

Bislang wurde die soziale Lage der Wiener Stadtteile mittels einzelner Merkmale von sozialer Ungleichheit umrissen. Ebenfalls zu berücksichtigen ist jedoch, dass die Merkmale in den Stadtteilen kumulieren: Eine hohe Arbeitslosigkeit geht beispielsweise mit einem geringeren durchschnittlichen Einkommen einher. Um die Frage zu klären, inwieweit in Wien die einzelnen Merkmale von sozialer Ungleichheit in bestimmten regionalen

⁵ Regressionsmodelle schätzen den Nettoeffekt jeder Variable, also den um die anderen Variablen im Modell bereinigten Effekt.

Tabelle 1: Ergebnis des Spatial Durbin Error Modells

mögliche Erklärungsfaktoren	direkt		indirekt (lag)		gesamt	
	β	ρ	θ	ρ	B	ρ
horizontale Ungleichheit						
Anteil Frauen	-0,089	0,17	-0,024	0,82	-0,113	0,35
Anteil PensionistInnen	0,017	0,47	0,083	0,09	0,100	0,11
Anteil Staatsbürgerschaft Österreich	0,006	0,77	0,001	0,97	0,007	0,87
Anteil Staatsbürgerschaft Türkei	0,252	0,08	0,157	0,53	0,409	0,15
Anteil Staatsbürgerschaft Ex-Jugoslawien	0,123	0,12	0,203	0,16	0,326	0,11
vertikale Ungleichheit						
Anteil UniabsolventInnen	0,178	0,00	0,032	0,17	0,210	0,00
Anteil PflichtschulabsolventInnen	-0,373	0,00	-0,181	0,05	-0,554	0,00
AL-Quote, Anteil an AL an allen Erwerbstätigen und AL	-0,346	0,00	-0,119	0,24	-0,465	0,00
Jahresnettoeinkommen aller Lohnsteuerpflichtigen	0,001	0,00	0,000	0,08	0,001	0,00
Konstante					98,925	0,00
Pseudo R ² = 0,74						

Anm.: Fett gedruckte Koeffizienten verweisen auf signifikante Effekte ($p < 0,05$).

Zu erklärende Variable = Wahlbeteiligung in den Stadtteilen.

Lag: die indirekten Effekte der Nachbarsprengel, die im Spatial Durbin Error Model mitberücksichtigt werden.

B ist der unstandardisierte Regressionskoeffizient (gesamter Effekt); er gibt die Effektstärke der jeweiligen erklärenden Variable wieder: steigt die erklärende Variable um eine Einheit, steigt die zu erklärende Variable um B; ein negatives Vorzeichen bedeutet einen negativen Zusammenhang.

R² ist ein Maß zur Beurteilung der Güte des Gesamtmodells und liegt zwischen 0 und 1; multipliziert mit 100 gibt R² an, welchen Anteil der Gesamtvariation der abhängigen Variablen durch das Modell erklärt wird.

Definition der Nachbarschaft: kontiguitätsbasierte Queens-Nachbarn – Zählsprenkel werden als Nachbarn definiert, wenn ein Punkt an der Grenze des Polygons an einen Punkt des Nachbarpolygons andockt (Bivand 2019).

Das Spatial Durbin Error Modell kann durch die folgende, leicht vereinfachte Gleichung formalisiert werden (LeSage und Page 2009):

$$Y = \alpha + X\beta + WX\theta + u$$

$$u = \lambda Wu + \varepsilon$$

Y = abhängige Variable

X = unabhängige Variable

W = Nachbarschaftsgewicht

u = Residuum

α = Intercept

β = Regressionskoeffizient

θ = Koeffizient der räumlichen Autokorrelation der unabhängigen Variable

λ = Koeffizient der räumlichen Autokorrelation des Fehlerterms

ε = unerklärter Schätzfehler

Durch die Terme $WX\theta$ und λWu wird einerseits die Autokorrelation in den erklärenden Variablen und andererseits die Autokorrelation der Fehlerterme eingefangen.

Nicht berücksichtigt wird räumliche Autokorrelation in der abhängigen Variable.

Die Ergebnisse des Modells ermöglichen es zwischen direkten Effekten ($X\beta$) der unabhängigen Variablen innerhalb des Zählsprenkels und indirekten Effekten ($WX\theta$) der unabhängigen Variablen in Nachbarsprengeln zu unterscheiden.

Kombinationen vorkommen, wurde eine Two-Step-Clusteranalyse berechnet. Dieses statistische Verfahren dient dazu, Strukturen in Daten zu identifizieren und Gruppen (Cluster) zu bilden, die in sich möglichst homogen und untereinander möglichst heterogen sind (vgl. Bortz und Döring 2006).

Folgende Merkmale sozialer Ungleichheit wurden zur Clusterbildung herangezogen: der Anteil an WienerInnen mit maximal Pflichtschulabschluss, der Anteil an WienerInnen mit Hochschulabschluss, die Arbeitslosenquote, das durchschnittliche Jahresnettoeinkommen, der Anteil an Beschäftigten mit geringem Berufsprestige und der Anteil an österreichischen StaatsbürgerInnen.

Die Wiener Stadtteile beziehungsweise Zählsprengel gruppieren sich zu drei regionalen, sozioökonomischen Clustern, die über ganz Wien verteilt sind (Abb. 1 und Tabelle 2): Im oberen Cluster kumulieren ökonomische Ressourcen, sozialer Status und eine hohe Wahlbeteiligung. Nahezu vier von zehn WienerInnen (38%) verfügen über einen Hochschulabschluss, die Arbeitslosenquote liegt bei nur 6%, und das durchschnittliche Jahresnettoeinkommen beträgt rund 31.000 Euro. In diesem Cluster befinden sich 20% der wahlberechtigten WienerInnen, und die Wahlbeteiligung bei der Nationalratswahl 2019 lag bei 81%.

Abbildung 1: Regionale Verteilung der drei sozioökonomischen Cluster

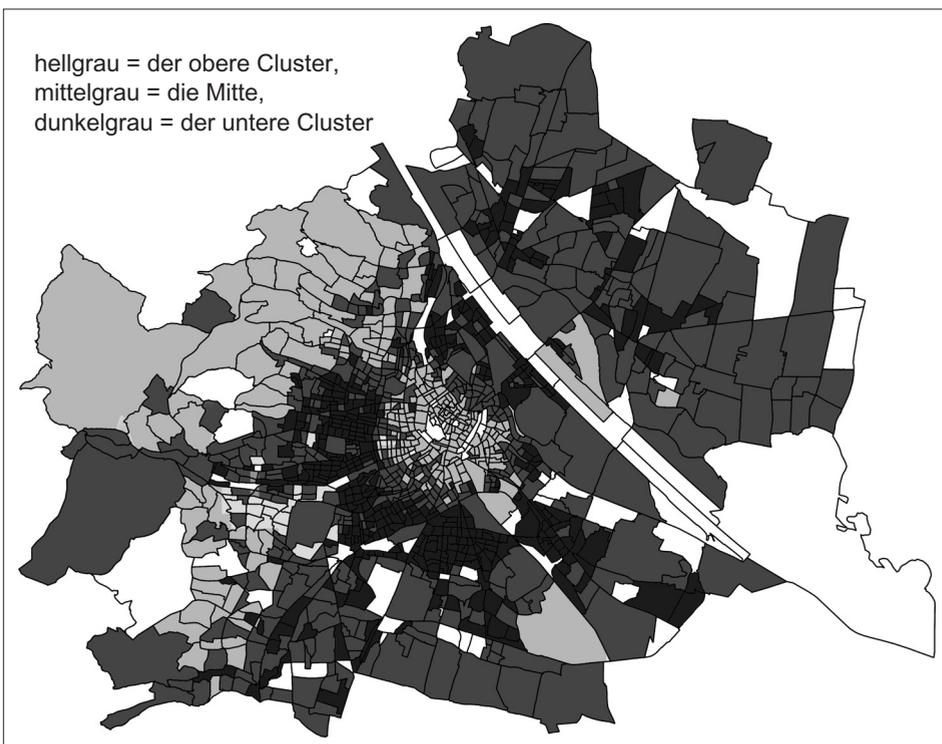


Tabelle 2: Drei sozioökonomische Cluster

	Prozent der Wahlberechtigten	Jahresnettoeinkommen (Euro) aller Lohnsteuerpflichtigen	Arbeitslosenquote	Anteil PflichtschulabsolventInnen	Anteil HochschulabsolventInnen	Anteil geringes Berufsprestige	Anteil Staatsbürgerschaft Österreich	Wahlbeteiligung
der obere Cluster	20%	30.778	6%	13%	38%	30%	77%	81%
die Mitte	43%	24.139	10%	21%	22%	44%	75%	72%
der untere Cluster	37%	18.541	18%	35%	12%	59%	62%	64%

Anm.: Ergebnis der Two-Step-Clusteranalyse mit den Variablen: Anteil PflichtschulabsolventInnen, Anteil HochschulabsolventInnen, Arbeitslosenquote, durchschnittliches Jahresnettoeinkommen aller Lohnsteuerpflichtigen, Anteil an Beschäftigten mit geringem Berufsprestige, Anteil an österreichischen StaatsbürgerInnen.

Der mittlere Cluster entspricht auch der Mitte der Gesellschaft: Jeweils rund ein Fünftel der WienerInnen verfügt über maximal Pflichtschul- (21%) beziehungsweise Hochschulabschluss (22%), die Arbeitslosenquote liegt bei 10%, und das durchschnittliche Jahresnettoeinkommen beträgt rund 24.000 Euro. 43% der wahlberechtigten WienerInnen zählen zu diesem Cluster, die Wahlbeteiligung bei der Nationalratswahl 2019 lag bei 72% und damit im Wiener Schnitt.

Im unteren Cluster treffen geringe ökonomische Ressourcen und ein geringer sozialer Status auf eine geringe Wahlbeteiligung: Mit 35% verfügt mehr als ein Drittel der WienerInnen über maximal Pflichtschulabschluss, die Arbeitslosigkeit ist mit 18% dreimal so hoch wie im oberen Cluster, und die Beschäftigten mit geringem Berufsprestige stellen die Mehrheit (59%). Deutlich geringer als in den beiden anderen Clustern ist hier auch der Anteil an österreichischen StaatsbürgerInnen und damit der Anteil an Wahlberechtigten. Hierin spiegelt sich das oben erwähnte Ergebnis wider: Weniger Wahlberechtigte und mehr türkische beziehungsweise ex-jugoslawische StaatsbürgerInnen gehen mit geringeren ökonomischen Ressourcen und einem geringeren sozialen Status der Stadtteile einher. Dementsprechend gering ist mit 64% die Wahlbeteiligung im unteren Cluster, wobei 37% der wahlberechtigten WienerInnen Teil dieses Clusters sind.

Die Kombination aus weniger Wahlberechtigten und geringer Wahlbeteiligung im unteren Cluster bedeutet schließlich, dass nur 40% der BewohnerInnen dieses Clusters in den Institutionen der repräsentativen Demokratie vertreten sind.⁶ Nicht vertreten sind dabei in besonders hohem Maß

⁶ 40% entsprechen dem Anteil der WählerInnen bei der Nationalratswahl 2019 an der Wohnbevölkerung.

auch jene ArbeitnehmerInnen, deren Arbeit im Zuge der Corona-Pandemie als „systemrelevant“ definiert wurde – Reinigungskräfte, RegalbetreuerInnen, Kassakräfte, BerufsfahrerInnen, LieferbotInnen oder PflegerInnen – sie alle arbeiten in statusniedrigen Berufen, und überdurchschnittlich viele von ihnen sind ausländische StaatsbürgerInnen und/oder ex-jugoslawischer oder türkischer (beziehungsweise osteuropäischer) Herkunft (vgl. Schönherr und Zandonella 2020).

5. Soziale Ungleichheit und Wahlbeteiligung auf individueller Ebene

Die Erkenntnisse der kleinräumlichen Analysen sind eindeutig: Die soziale Lage von Stadtteilen bestimmt in beträchtlichem Ausmaß die Höhe der Wahlbeteiligung in diesen Stadtteilen. Nun verlassen wir diese räumliche Ebene der Stadtteile und begeben uns auf die individuelle Ebene der WienerInnen. Dies ist aus zwei Gründen notwendig: Zum einen erlauben Aggregatdaten keine Rückschlüsse auf individuelles Wahlverhalten. Dass in Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit die Wahlbeteiligung gering ist, sagt demnach nichts darüber aus, ob es tatsächlich die arbeitslosen WienerInnen sind, die in geringerer Zahl seltener zur Wahl gehen. Zum anderen beinhalten Aggregatdaten keinerlei Informationen über die Erfahrungen, Einstellungen oder Motive von (Nicht-)WählerInnen.

Aus diesen Gründen wurde im Rahmen von Modul 2 eine repräsentative Befragung unter 981 WienerInnen ab 16 Jahren durchgeführt. Davon ausgehend stehen in diesem Abschnitt die WienerInnen mit ihren Erfahrungen, Einstellungen und Motiven in Zusammenhang mit Demokratie und politischer Beteiligung im Mittelpunkt.

Dabei spiegelt sich die soziale Ungleichheit der drei sozioökonomischen Cluster in der Wahrnehmung der WienerInnen wider: Während die Mehrzahl der WienerInnen im unteren Cluster (58%) sich selbst der unteren Klasse, der Arbeiterklasse oder der unteren Mittelklasse zuordnet, stuft sich die überwiegende Mehrheit der WienerInnen im oberen Cluster (79%) in der Mittelklasse, der oberen Mittelklasse oder der Oberklasse ein. Analog zu ihrer Position im gesellschaftlichen Gefüge findet jeweils fast die Hälfte der WienerInnen im unteren Cluster, dass sie weniger als einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhält (48%) und dass ihre Arbeit von der Gesellschaft nur wenig oder gar nicht wertgeschätzt wird (47%).

Nun ist Ungerechtigkeitsempfinden eine jener Quellen, aus denen politische Beteiligung entstehen kann. Für die WienerInnen im unteren Cluster trifft dies jedoch nicht zu: Nur die Hälfte von ihnen hat in den der Befragung vorangegangenen zwölf Monaten an einer Wahl teilgenommen, und kaum

mehr hatten vor, an der Gemeinderatswahl teilzunehmen. Eine notwendige Voraussetzung für das Umsetzen einer Ungerechtigkeitsempfindung in eine politische Handlung ist die Überzeugung, mit dieser politischen Handlung auch etwas bewirken zu können – hieran mangelt es den NichtwählerInnen, allen voran jenen im unteren Cluster. Ihre offenen Antworten auf die Frage, warum sie im Herbst 2020 nicht zur Wahl gehen würden, kreisten um zwei Aspekte: Politische Beteiligung könne ihre Lebensumstände nicht verbessern („Für mich ändert sich ja doch nichts“), und politische Parteien setzten sich nicht für ihre Anliegen und Bedürfnisse ein („Alle Parteien kümmern sich um die Mittelschicht, und da gehöre ich nicht dazu“).

Wie genau hängt nun jedoch die soziale Lage der WienerInnen mit ihrer Wahlbeteiligung zusammen? Um diese Frage zu beantworten, wurde ein logistisches Regressionsmodell berechnet. Auch mit diesem statistischen Verfahren kann der Effekt von möglichen erklärenden Variablen auf eine zu erklärende Variable bestimmt werden (vgl. Bortz und Döring 2006). Im vorliegenden Fall ist die zu erklärende Variable die geplante Teilnahme an der Wiener Gemeinderatswahl 2020 (ja/nein). Die (möglichen) erklärenden Variablen beziehen sich auf die soziale Lage der WienerInnen und schließen an die bereits oben vorgestellten zwei Dimensionen von sozialer Ungleichheit an. Untersucht wurde also, ob vertikale Ungleichheit und damit die sozioökonomischen Ressourcen der WienerInnen sowie horizontale Ungleichheit und damit demografische Merkmale wie Geschlecht oder Migrationshintergrund einen Effekt auf ihre geplante Wahlteilnahme haben.

Die Ergebnisse zeigen, dass die soziale Lage der WienerInnen einen beträchtlichen Effekt auf ihre geplante Wahlteilnahme hat: 40% der Variation in der geplanten Teilnahme werden durch die soziale Lage der WienerInnen erklärt. Dabei sind sowohl vertikale als auch horizontale Ungleichheiten relevant, allen voran bedingt jedoch die Verfügbarkeit von sozioökonomischen Ressourcen eine höhere Teilnahmewahrscheinlichkeit. WienerInnen mit höheren formalen Bildungsabschlüssen, höherem Einkommen und Vermögen planten wesentlich häufiger, an der Wahl teilzunehmen. Zudem ist die subjektiv wahrgenommene Position in der Gesellschaft von Bedeutung: Je weiter oben in der Gesellschaft sich die WienerInnen selbst verorteten, desto wahrscheinlicher war ihre Wahlteilnahme.

Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass geringere formale Bildungsabschlüsse, geringere finanzielle Ressourcen in Form von Einkommen und Vermögen sowie eine Verortung in den unteren Klassen der Gesellschaft mit einer geringeren Teilnahmewahrscheinlichkeit einhergehen. Eine entscheidende Rolle spielte darüber hinaus die Integration in Erwerbsarbeit, denn auch mit Arbeitslosigkeit sinkt die Teilnahmewahrscheinlichkeit. In Hinblick auf horizontale Ungleichheit planten wiederum weniger WienerInnen

nen mit Migrationshintergrund, an der Wahl teilzunehmen. Selbiges galt für WienerInnen mit ausländischen Staatsbürgerschaften (für den hypothetischen Fall, dass sie wahlberechtigt wären).

Die folgenden Beispiele (Tabelle 4) veranschaulichen die Auswirkungen dieser Merkmale auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit der WienerInnen. Sie basieren auf dem berechneten Regressionsmodell (Tabelle 3): Mit den Regressionskoeffizienten können Merkmalskombinationen simuliert werden, um deren gesammelten Effekt auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit zu schätzen. Dies hat den Vorteil, dass die einzelnen Merkmale sozialer Ungleichheit nicht gesondert, sondern in jenen Kombinationen, die wir tatsächlich häufig vorfinden, betrachtet werden können.

Tabelle 3: Ergebnis Logistische Regression

	mögliche Erklärungsfaktoren	B	p	Exp(B)
horizontale Ungleichheit	Geschlecht Frauen	0,239	0,13	1,270
	Alter 60plus	0,098	0,65	1,103
	Migrationshintergrund	-1,010	0,03	0,364
	Staatsbürgerschaft	-1,374	0,00	0,253
vertikale Ungleichheit	formale Bildung Matura	0,754	0,00	2,125
	Einkommen	0,723	0,00	2,061
	Vermögen	0,403	0,03	1,496
	Arbeitslosigkeit	-1,048	0,00	0,351
	subjektive Schichtzuordnung	0,385	0,00	1,470
Konstante		0,959	0,00	2,609

Anm.: Fett gedruckte Koeffizienten verweisen auf signifikante Effekte ($p < 0,05$).

Zu erklärende Variable: Teilnahme an Gemeinderatswahl 2020 (ja/nein).

B gibt an, wie sich die logarithmierte Chance für eine Verschlechterung der psychischen Gesundheit verändert, wenn sich die erklärende Variable um eine Einheit erhöht.

Exp(B) ist das Odds Ratio, zu interpretieren wie folgt: Werte >1 verweisen auf einen positiven Zusammenhang, Werte <1 auf einen negativen Zusammenhang. Je weiter der Wert von 1 entfernt ist, desto stärker ist der Effekt.

Nagelkerke's R^2 ist ein Maß zur Beurteilung der Güte des Gesamtmodells und liegt zwischen 0 und 1.

Beginnen wir in den oberen Klassen der Gesellschaft bei den WienerInnen mit zahlreichen ökonomischen Ressourcen und hohem Status: Sie verfügen über höhere formale Bildungsabschlüsse, und ihre finanzielle Sicherheit ist mit einem Einkommen im oberen Drittel sowie mit Vermögen im Wert von mehr als 100.000 Euro gewährleistet. Sie haben Arbeit, sind österreichische StaatsbürgerInnen ohne Migrationshintergrund und verorten sich selbst in der oberen Mittelklasse beziehungsweise der Oberklasse. Diese WienerInnen – typische BewohnerInnen des oberen Clusters – nahmen mit einer Wahrscheinlichkeit von 98% an der Wienwahl teil.

Tabelle 4: Beispiele zur Veranschaulichung der Effekte der sozialen Lage auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit

mögliche Erklärungsfaktoren	ökonomisches Kapital, Bildungskapital, sozialer Status				
	gering		hoch		
formale Bildung	keine Matura	keine Matura	keine Matura	keine Matura	zumindest Matura
Einkommen	armutsgefährdet	mittleres Drittel	mittleres Drittel	mittleres Drittel	oberes Drittel
Vermögen	nein	nein	nein	nein	ja
Arbeitslosigkeit	ja	ja	nein	nein	nein
subjektive Schichtzuordnung	Arbeiterschicht	Arbeiterschicht	Mittelschicht	Mittelschicht	obere Mittelschicht
Staatsbürgerschaft	Österreich	Österreich	Österreich	Österreich	Österreich
Migrationshintergrund	nein	nein	ja	nein	nein
Wahrscheinlichkeit, an Wien-Wahl 2020 teilzunehmen (Plan)	30%	51%	74%	82%	98%

Anm.: Berechnet mit den Regressionskoeffizienten aus Tabelle 3.

In der Mitte der Gesellschaft finden wir erwerbstätige WienerInnen ohne Matura und ohne große Vermögen, deren Einkommen dem Durchschnitt entspricht und die sich auch selbst in der Mittelklasse verorten. Haben diese WienerInnen keinen Migrationshintergrund, nahmen sie mit einer Wahrscheinlichkeit von 82% an der Wienwahl teil. Haben sie jedoch Migrationshintergrund, sank die Teilnahmewahrscheinlichkeit auf 74%.

Unterhalb der gesellschaftlichen Mitte gibt es nicht nur weniger sozio-ökonomische Ressourcen, und die soziale Lage der WienerInnen ist prekärer. Auch ihre Wahrscheinlichkeit, an der Wienwahl teilzunehmen, ist geringer. So hatten WienerInnen ohne Arbeit und ohne Vermögen, mit noch durchschnittlichem Einkommen und einer Selbstverortung in der Arbeiterklasse eine Teilnahmewahrscheinlichkeit von 51%. Sinkt das Einkommen weiter und fällt unter die Armutsgefährdungsschwelle, sinkt auch die Teilnahmewahrscheinlichkeit auf nur mehr 30%.

Die Ergebnisse auf individueller und auf Stadtteil-Ebene verdichten sich an dieser Stelle zu einem konsistenten Bild: Die WienerInnen gingen umso seltener zur Wahl, je prekärer ihre eigene soziale Lage war. Kumulieren individuelle prekäre soziale Lagen dann in einzelnen Stadtteilen (wie im unteren Cluster), sinkt die Wahlbeteiligung in diesen Stadtteilen. Der sozialen Ungleichheit folgt damit auch in Wien politische Ungleichheit, denn ob die WienerInnen ihre Anliegen in den politischen Prozess einbringen beziehungsweise einbringen können, ist abhängig von ihren sozio-ökonomischen Ressourcen.

Nicht ausreichend geklärt ist an dieser Stelle noch, warum WienerInnen mit geringeren sozioökonomischen Ressourcen in geringerer Zahl zur Wahl gehen. Diese Frage wird hier mit Hilfe der repräsentativen Erhebung

kurz aufgegriffen und im folgenden Kapitel auf Basis der qualitativen Interviews tiefergehend betrachtet.

Um uns einer Antwort anzunähern, erweiterten wir die bislang als direkt betrachtete Verbindung zwischen sozialer Lage und Wahlbeteiligung und warfen einen Blick darauf, was dazwischenlag. Hierbei geht es um all jene Erfahrungen, die Menschen mit dem demokratischen System und als Teil dieses Systems machen – mit demokratischen Institutionen, politischen AkteurInnen oder in den vielfältigen Kontexten von Mitbestimmung. Die Gesamtheit dieser Erfahrungen prägt nicht nur das Vertrauen in die Demokratie, sondern auch politische Selbstwirksamkeit und damit die Überzeugung, durch Beteiligung etwas bewirken zu können – eine notwendige Voraussetzung für politische Partizipation.

Abhängig von ihrer sozialen Lage: Welche Erfahrungen machen die WienerInnen mit dem demokratischen System und seinen AkteurInnen beziehungsweise wie steht es um ihre politische Selbstwirksamkeit? Beispielsweise hatte in den der Studie vorausgegangenen zwölf Monaten ein Fünftel der WienerInnen (20%) mit einer Politikerin oder einem Politiker gesprochen. Derartige Begegnungen mit gewählten RepräsentantInnen – eine weitere Möglichkeit zur politischen Einflussnahme in repräsentativen Demokratien – sind jedoch nicht allen WienerInnen im selben Ausmaß zugänglich. Sie hängen – und das kam an dieser Stelle nicht mehr überraschend – in beträchtlichem Ausmaß mit den verfügbaren sozioökonomischen Ressourcen zusammen. So haben 14% der WienerInnen ohne Matura mit PolitikerInnen gesprochen, jedoch 25% der WienerInnen mit Matura. Ebenso hatten 9% der WienerInnen im unteren Einkommensdrittel diese Möglichkeit, jedoch 29% der WienerInnen im oberen Einkommensdrittel. Sozioökonomische Ressourcen kumulieren in der subjektiven Klassenzuordnung, und auch hier zeigt sich: Während nur 14% der WienerInnen, die sich der unteren Klasse oder der Arbeiterklasse zuordnen, mit PolitikerInnen sprechen konnten, gilt selbiges für 31% jener WienerInnen, die sich in der oberen Mittelklasse oder der Oberklasse verorten.

Die Distanz der WienerInnen mit geringen sozioökonomischen Ressourcen zum politischen System beziehungsweise die Distanz zwischen diesen WienerInnen und dem politischen System geht jedoch weit über fehlende Begegnungen mit gewählten RepräsentantInnen hinaus – sie reicht bis in das menschliche Grundbedürfnis nach Wertschätzung und Anerkennung: Die überwiegende Mehrzahl der WienerInnen mit geringen sozioökonomischen Ressourcen fühlt sich vom politischen System zu Menschen zweiter Klasse degradiert. So finden 61% der WienerInnen ohne Matura, nahezu zwei Drittel (64%) der WienerInnen im unteren Einkommensdrittel und vier Fünftel (74%) jener WienerInnen, die sich selbst in der unteren Klasse oder der Arbeiterklasse verorten, dass die Politik sie „wie Menschen zweiter Klasse behandelt“.

Auf diese und ähnliche Erfahrungen folgt, dass vielen WienerInnen mit geringeren sozioökonomischen Ressourcen das Vertrauen in die Wirksamkeit von politischer Beteiligung fehlt: 61% der WienerInnen ohne Matura, 60% der WienerInnen im unteren Einkommensdrittel und zwei Drittel (66%) jener WienerInnen, die sich in der unteren Klasse oder der Arbeiterklasse verorten, sind davon überzeugt, kaum oder keinen Einfluss auf politische Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse zu haben.

6. Soziale Ungleichheit, Lebensrealitäten und Erfahrungen im Kontext von Demokratie

Im Anschluss an die Frage, warum die WienerInnen mit geringeren sozioökonomischen Ressourcen in geringerer Zahl zur Wahl gehen, befasste sich unsere Studie näher mit den Lebensrealitäten und Erfahrungen der Menschen innerhalb des demokratischen Systems: Welche dieser Lebensrealitäten und Erfahrungen stehen hinter (Nicht-)Partizipation? Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, wurden qualitative Interviews mit zehn wahlberechtigten WienerInnen durchgeführt, die bereits an der repräsentativen Erhebung teilgenommen haben und im unteren sozioökonomischen Cluster zuhause sind. Im Mittelpunkt der Interviews standen erstens die Wahlbiografie und Wählen als sozialer Akt, zweitens politische Themen im Alltag und drittens die Distanz zum politischen System. Ziel war es, Einblick dahingehend zu gewinnen, wie Lebensrealitäten und Erfahrungen mit Demokratie sich letztlich zu Wahlteilnahme oder Nichtwählen verdichten.

Dabei bedarf es ein ums andere Mal der Motivation, wählen zu gehen, und die Entscheidung zur Wahlteilnahme spielt sich auf drei Ebenen ab (vgl. Verba et al. 1995): Auf der Makroebene sind institutionelle Faktoren ausschlaggebend, allen voran das Wahlrecht, das bestimmt, ob jemand überhaupt teilnehmen kann. Auf dieser Ebene sind bei den Wiener Gemeinderatswahlen mittlerweile 31% der WienerInnen im Wahlalter aufgrund ihrer Staatsbürgerschaften von Partizipation ausgeschlossen. Auf Mesoebene spielt die Mobilisierung und damit die Aufforderung zur Teilnahme eine wichtige Rolle. Hierbei geht es nicht um Wahlwerbung, sondern um das soziale Umfeld der Menschen und um ihre Einbindung in gesellschaftliche Netzwerke – Freundeskreis, Schule, Arbeit, Nachbarschaft. Wer dort politische Ansprache hat, nimmt eher an Wahlen teil. Im Umkehrschluss heißt dies aber auch, dass Arbeitslosigkeit oder fehlender Kontakt in der Nachbarschaft von Mobilisierung abschneiden und im Zweifelsfall – wenn auch andere Motivationsfaktoren fehlen – teilnahmemindernd wirken. Auf der Mikroebene sind sozioökonomische Ressourcen wie Einkommen oder formale Bildung und damit zusammenhängende

Merkmale wie politische Selbstwirksamkeit – das Vertrauen, durch die Stimmabgabe etwas bewirken zu können – entscheidend für die Wahlteilnahme. Hier wirken zudem *civic skills* – politische Kompetenzen in Form von Wissen und Fertigkeiten –, die sich im Rahmen gesellschaftlicher Institutionen wie Familie, Schule und Arbeitsplatz entwickeln. Auch hierzu ist für Österreich bereits bekannt, dass allen voran junge Menschen mit geringen sozioökonomischen Ressourcen finden, dass sie in der Schule zu wenig über ihre Rechte als BürgerInnen und über ihre Möglichkeiten zur politischen Partizipation erfahren haben (vgl. Zandonella und Heinz 2018).

Um der Meso- und Mikroebene nachzuspüren, baten wir unsere InterviewpartnerInnen zunächst, ihre Wahlbiografie und ihre politische Sozialisation in Familie und Schule ausführlich zu schildern. Der politischen Sozialisation kommt in Hinblick auf Partizipation ein besonderer Stellenwert zu, denn (Nicht-)Wählen ist „erblich“: Verhaltensmuster, die zu Beginn einer Wahlbiografie auftreten, setzen sich in späteren Jahren fort – nehmen junge Menschen an ihrer ersten Wahl nicht teil, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie ihr Leben lang NichtwählerInnen bleiben (vgl. Plutzer 2002). Neben der Familie – die überwiegende Mehrzahl der ErstwählerInnen in Österreich lebt noch im elterlichen Haushalt (vgl. Kritzinger et al. 2018) – sind Schule und Ausbildungsbetrieb relevant für die Wahlbiografie junger Menschen, denn sie können fehlende familiäre Sozialisationserfahrungen ausgleichen.

Auch in Wien zeigt sich, dass am Anfang einer Wahlbiografie häufig Vertrauenspersonen stehen, die den künftig Wahlberechtigten vermitteln, dass es wichtig und/oder nützlich und/oder schlicht selbstverständlich ist, wählen zu gehen. Die WählerInnen unter unseren InterviewpartnerInnen nannten allen voran ihre Herkunftsfamilie als Beginn ihrer demokratischen Sozialisation. Demokratie-Lernen findet dabei auf zumindest drei Ebenen statt: Erstens wird Wissen vermittelt: Wo, wie und wer wird gewählt? Zweitens wird mit dem sonntäglichen Gang ins Wahllokal Verhalten eingeübt, und drittens wird eine emotionale Verbindung zum Wählen als Kernstück jeder Demokratie aufgebaut:

„Ich war als Kind mit meinen Eltern im Wahllokal und wusste schon, wie die Wahl ablaufen wird.“

„Am Wahlsonntag gingen die Eltern gleich in der Früh zur Wahl, und wir Kinder kamen mit. Im Wahllokal war eine feierliche Stimmung. Ich hatte immer Herzklopfen.“

„Ich kann mich an die erste Wahl nach Kriegsende erinnern, als meine Eltern wählen gingen. Das war etwas ganz Erstaunliches, in einer Demokratie zu leben.“

Auch für jene InterviewpartnerInnen, die nicht (mehr) wählen gehen, waren familiäre Erfahrungen prägend. Weitergegeben wird also nicht nur

Vertrauen in das politische System und in die Wirksamkeit von Beteiligung, sondern ebenso Erfahrungen in Zusammenhang mit Missachtung und Misstrauen:

„Als Kind war ich manchmal mit meinen Eltern im Wahllokal. Sie haben mir aber auch immer gesagt, dass die Politik kein Interesse an uns hat, also dass es für uns auch einmal besser wird; und dass man den Politikern nicht trauen kann.“

Neben der Herkunftsfamilie hat bei den jüngeren InterviewpartnerInnen die Schule erheblichen Anteil daran, sich mit Politik und Wahlen auseinanderzusetzen. Gerade am Beispiel Schule zeigt sich jedoch auch, wie sozioökonomische Unterschiede schlagend werden: Während gut situierte InterviewpartnerInnen, die bereits in der Familie für Demokratie und zur Partizipation motiviert wurden, sich von der politischen Bildung und schulischen Mitbestimmung angesprochen fühlten, fehlte diese Wirkung bei InterviewpartnerInnen mit geringen sozioökonomischen Ressourcen. Dass es dem System Schule nur unzureichend gelingt, bestehende soziale Ungleichheiten auszugleichen, beziehungsweise dass diese in der Schule vielfach noch fortgeführt werden, zeigt sich also auch im Kontext der politischen Bildung:

„Fanden Wahlen statt, gab es dazu in der Schule in unterschiedlichen Fächern Schwerpunkte. Es gab Probewahlen und Diskussionen mit eingeladenen Politikern – super war das.“

„Klassen- und Schulsprecherwahlen waren ein wichtiges Event, und die Mitbestimmung der SchülerInnen war allen wichtig.“

„In der Schule war die Senkung des Wahlalters Thema, und es wurde auch über anstehende Wahlen gesprochen. Ich hatte aber immer den Eindruck, dass es hierbei nicht um mich geht, dass ich nicht mitgemeint bin. [...] Meine Eltern konnten sich keine Nachhilfe leisten, daher habe ich den Abschluss schließlich nicht geschafft.“

Bei älteren InterviewpartnerInnen hingegen spielte die Schule keine Rolle in ihrer Wahlbiografie – im Generationenvergleich wird hier ein Demokratisierungsschub offensichtlich, den der „Demokratie Monitor“ für Österreich bereits quantifiziert hat: Konnten sich in der Kriegs- und Nachkriegsgeneration nur 28% der (damaligen) Kinder zumindest gelegentlich an Entscheidungen in der Schule beteiligen, gilt selbiges für 65% der heute 16- bis 22-Jährigen (vgl. Zandonella und Heinz 2018).

„Ich war im Gymnasium, allerdings in den 1950er Jahren in Niederösterreich. Dort hat man nichts über Politik gelernt.“

„Ich bin in einem Vorort von Graz aufgewachsen. Dort haben wir in der Schule nichts über Politik gelernt.“

„In der HAK hat es keine politische Bildung gegeben. Was ich über Politik weiß, weiß ich aus meiner Familie und später über die ‚Arbeiter-Zeitung‘.“

Gerade in der Wahlbiografie jener Menschen, deren Familien wenig politisch waren und die auch in der Schule kaum positive Erfahrungen mit politischer Bildung oder Mitbestimmung machen konnten, spielen AusbilderInnen und betriebliche Demokratie eine wichtige Rolle:

„Unser Ausbilder im Betrieb hat mit uns Lehrlingen über die Wahl gesprochen: was welche Partei für uns als Arbeiter bedeutet. Das hat mir gut gefallen, und ich hab gedacht, dass Politik etwas mit meinem Leben zu tun hat.“

„Erst in der Lehre habe ich durch Gespräche mit Kollegen gelernt, wie die österreichische Politik funktioniert, wer wofür steht und was Demokratie eigentlich ist.“

„Solange ich im Ausbildungsbetrieb war, habe ich an jeder Wahl teilgenommen.“

Auch der direkte Kontakt mit gewählten RepräsentantInnen schafft Nähe, generiert Vertrauen und wirkt letztlich mobilisierend in Hinblick auf die Wahlteilnahme:

„Politiker von der SPÖ waren immer wieder in der Gegend. Die kannte man, und die wählte man dann auch.“

Je älter die InterviewpartnerInnen, desto eher ist es die Zugehörigkeit zu einem politischen Lager oder das familiäre Naheverhältnis zu einer politischen Partei, das zur Wahl verpflichtet. Bei InterviewpartnerInnen mit Migrationshintergrund, die die österreichische Staatsbürgerschaft im Laufe ihres erwachsenen Lebens erworben haben, spielt unter anderem diese Erfahrung des Berechtigtwerdens eine motivierende Rolle:

„Ich war bei den Wienwahlen 2010, mit 28 Jahren, zum ersten Mal wahlberechtigt. Es war eine ungewohnte Situation. Ich war davor noch nie in einem richtigen Wahllokal. Gewählt habe ich davor schon bei AK- und Personalvertretungswahlen, aber ‚den Bürgermeister zu wählen‘, war noch einmal etwas anderes. Ich war richtig stolz, mit dabei sein zu dürfen, und als mein Name vorgelesen wurde, sind mir fast die Tränen gekommen.“

Entscheiden sich nun ehemalige NichtwählerInnen dazu, doch (wieder) wählen zu gehen, steht dabei die persönliche Betroffenheit (Issue-Orientierung), gepaart mit Ungerechtigkeitsempfinden und einem Bedürfnis nach Veränderung, im Vordergrund:

„Ich gehe erst wählen, seit ich Kinder habe, weil ich jetzt erlebe, wie schief die ‚Last der Ausländer‘ in der Stadt verteilt ist. Die ganze Integrationsarbeit müssen ein paar wenige Bezirke und ihre Bewohner leisten, wo es den Menschen sowieso schon schlechter geht.“

Jedenfalls ausschlaggebend ist die persönliche Betroffenheit für die Auswahl der Partei. Stoßen die WienerInnen auf eine politische Partei, die an ihre Lebensrealität andockt, steigt auch das Vertrauen, dass die eigene Stimme zählt:

„Wichtig ist für mich, dass sich die Partei mit Dingen beschäftigt, die in meinem Leben wichtig sind. Deshalb habe ich bislang FPÖ gewählt.“

„Ich habe Sorge um meine Generation. Deshalb wähle ich die Grünen.“

Die NichtwählerInnen unter den InterviewpartnerInnen – allesamt WienerInnen mit geringen sozioökonomischen Ressourcen – vereint ein geringes Vertrauen in die staatlichen Institutionen, in die Politik(erInnen) und in die Wirksamkeit der eigenen Stimme. Dem liegt zugrunde, dass das politische System diesen Menschen Partizipation – an ökonomischer Sicherheit, gesellschaftlicher Anerkennung oder an der Mitgestaltung der eigenen Lebensumstände – bislang vorenthalten hat. Die Erfahrungen, die die NichtwählerInnen mit dem System gemacht haben, reichen vom Nichtgehört-Werden bis hin zu Demütigungen. Sie kumulieren in der Überzeugung, dass politische Beteiligung nichts ändert, weil das bestehende System und seine VertreterInnen kein Interesse an einer Veränderung haben.

„Ich habe den Draht zu den Politikern verloren.“

„Ich habe überlegt, mit meinen Kindern ins Wahllokal zu gehen. Aber eigentlich will ich ihnen nicht beibringen, dass Wählen etwas ändert. Das ist eine Illusion.“

„Mit Politik kann ich nicht viel anfangen. Ich habe als Kind erlebt, wie meine Familie vom Arbeitsamt, Jugendamt, Sozialamt gedemütigt wurde – alles mussten wir offenlegen, intimste Fragen beantworten, Erwachsene wurden wie kleine Kinder behandelt. Bis heute habe ich Angst vor den Behörden.“

„Ich kenne niemanden von den Leuten, die im Wahllokal sitzen. Ich weiß nicht, ob ich denen vertrauen kann.“

„Ich würde wieder wählen gehen, wenn jemand kommt, der mich überzeugt, dass meine Teilnahme wirklich Sinn macht.“

„Ich war bislang ein- oder zweimal wählen, sehe aber den Sinn darin nicht. Für mich ändert sich nichts. An den Wienwahlen werde ich eher nicht teilnehmen. Ich habe nicht den Eindruck, dass Wahlen etwas mit mir und meinem Leben zu tun haben. Für mich bleibt das Leben immer gleich schlecht.“

Wie sehr soziale Ungleichheit die Demokratie prägt, wird an dieser Stelle noch einmal deutlich: Sozioökonomische Ressourcen bestimmen die Erfahrungen mit dem politischen System, und diese Erfahrungen entscheiden über das Vertrauen in das System und in die Wirksamkeit von Beteiligung. Letztlich verdichten sich sozioökonomische Lebensrealitäten und die Erfahrungen mit dem politischen System im Gefühl, Teil dieses Systems zu sein oder eben nicht: Wer sich gut ins österreichische politische System integriert fühlt, vertraut auch darauf, dass die eigene Stimme zählt, und geht eher wählen. Die Selbstverortung im System verweist dabei ebenso auf die Relation zu anderen Menschen. Vergleichsdimensionen sind häufig sozioökonomischer Natur oder verlaufen entlang der

Staatsbürgerschaft und Herkunft, absteigend entlang der verfügbaren sozioökonomischen Ressourcen:

„Ich weiß, dass meine Meinung zählt und wo ich sie einbringen kann.“

„Ich fühle mich erst als Teil der Demokratie, seit ich wählen darf. Davor hatte ich den Eindruck, ‚draußen zu stehen‘.“

„Ich fühle mich nicht so ganz als Teil der Demokratie, weil meine Meinung und meine Sorgen weniger wert sind und ich nicht den Eindruck habe, dass ich sie frei sagen kann.“

„Ich fühle mich als Teil der Demokratie, weil ich wahlberechtigt bin – was viele meiner Nachbarn und Kollegen nicht sind. Andererseits fühle ich mich gegenüber anderen Österreichern weniger als Teil des Systems, weil mich mit denen, ‚die bestimmen‘, nicht viel verbindet.“

„Ich fühle mich nicht als Teil der Demokratie. Für mich und meine Familie gelten all diese Dinge nicht.“

7. Und nun?

Die Studie bestätigt, dass weder rechtliche Gleichheit allein noch die bloße Ausweitung des Beteiligungskataloges ohne eine daran gekoppelte Beantwortung der Sozialen Frage zu mehr politischer Beteiligung führen. Vielmehr muss es der Demokratiepoltik darum gehen, der (zunehmenden) sozioökonomischen Ungleichheit entgegenzuwirken, um (wieder) mehr Menschen in demokratische Prozesse einzubinden. Die entscheidenden Faktoren für gesellschaftliches und politisches Engagement sind ökonomische und soziale Sicherheit in Form von formaler Bildung, Einkommen, einem gesicherten Arbeitsplatz und gesellschaftliche Anerkennung. Es gilt demnach, der Ausdünnung des Wohlfahrtsstaates entgegenzuwirken und (wieder) ein dichtes Geflecht von sozialen Beziehungen und öffentlichen Diensten zu bauen beziehungsweise zu stärken. Dies würde auch die Politikgestaltung generell erleichtern: „Von all den konkurrierenden und nur partiell miteinander zu vereinbarenden Zielen, die wir anstreben, muss an oberster Stelle der Abbau von Ungleichheit stehen. Bei dauerhafter Ungleichheit sind alle anderen erstrebenswerten Ziele viel schwerer zu erreichen“ (Judt 2010, 146). An die Ergebnisse unserer Studie schließen daher Empfehlungen an, die wir im Folgenden zur Diskussion stellen.

7.1 Responsivität und Repräsentation

Responsivität bezeichnet die Bereitschaft politischer AmtsträgerInnen, auf die Interessen der BürgerInnen einzugehen. Die Responsivitätsforschung untersucht, ob politische Entscheidungen mit dem Willen der Bür-

gerInnen übereinstimmen und wenn ja, ob alle Meinungen ihrem Stimmenanteil nach gewichtet werden – zählen also manche Meinungen mehr als andere und werden sie eher umgesetzt? „Wenn in einer Demokratie die Politik systematisch den politischen Präferenzen bestimmter sozialer Gruppen folgt, wohingegen die anderer missachtet werden, wird der Grundsatz politischer Gleichheit beschädigt“, so Lea Elsässer, Svenja Hense und Armin Schäfer (2017, 161), die für Deutschland eine über drei Jahrzehnte steigende ungleiche Responsivität erhoben haben. Für Österreich beziehungsweise Wien fehlen hierzu Daten, die Antworten unserer InterviewpartnerInnen legen jedoch Parallelen nahe.

Geht man auch für Österreich beziehungsweise für Wien von ungleicher Responsivität aus, gibt es zwei Möglichkeiten, dieser entgegenzutreten: Einerseits sind im Landtag vertretene und damit realpolitisch relevante Parteien gefordert, mehr Augenmerk auf die Interessen der sozioökonomisch benachteiligten Klassen zu legen. Andererseits muss das politische System neuen Parteien, die jene Interessen artikulieren, den Eintritt in den demokratischen Prozess erleichtern. Auf Grundlage der aktuellen Parteienförderung ist es nicht nur eine Frage der Themensetzung, ob eine neue Partei erfolgreich ist, sondern vor allem auch eine des Geldes. Um ein größeres Angebot an politischen Parteien zu schaffen, die sich sozioökonomischer Themen aus Sicht der Ressourcenschwachen annehmen, ist die Parteien- oder Demokratieförderung neu zu gestalten. Dieser Weg scheint jedoch aufgrund der Konkurrenzsituation, in die sich bestehende Parteien als Türsteherinnen des politischen Systems begeben müssten, verbaut.

So bleibt vor allem die erste Variante, bei der es darum geht, die Perspektiven der benachteiligten Klassen durch die bestehenden Parteien besser zu vertreten. Dies kann allen voran durch deskriptive Repräsentation erreicht werden: Mehr Menschen mit Migrationsgeschichte, Armutserfahrungen oder anderen Exklusionserfahrungen müssen für die politischen Parteien gewonnen und auf wählbare Plätze gereiht werden. Sie erweitern nicht nur die Sicht der Partei auf ein bestimmtes Thema, sondern stellen für die Wahlberechtigten auch die Möglichkeit zur Identifikation dar. Das in Wahlkampagnen oft besungene „Einer von uns“ oder „Eine von uns“ muss mit Leben erfüllt werden, indem Parteien mehr Mühe auf die Rekrutierung ihrer FunktionärInnen verwenden. In Österreichs Parteien ist die Personalauslese jedoch kaum formalisiert oder folgt einer gemeinsam erstellten Strategie. Wer auf einen wählbaren Listenplatz gesetzt wird, ist meist schon in der Partei verankert und hat sich bewährt, außerdem folgen manche Parteien einer internen Quote bezüglich des Geschlechtes. Nur selten kommen QuereinsteigerInnen zum Zug, die dann aber nicht als „einer“ oder „eine von uns“, sondern aufgrund ihrer Prominenz und ihrer medialen Gewandtheit angesprochen werden. Deskriptive Kriterien werden meist erst auf den hinteren Plätzen der Wahlliste

schlagend, wie schon Alfred Stirnemann mit dem Verweis auf „ZählkandidatInnen“ feststellte: Sie hätten die „Aufgabe, als kosmetische Korrektur zu wirken, um etwa die Kandidatenschaft einer Partei statistisch der Wähler- beziehungsweise Bevölkerungsstruktur stärker anzugleichen“ (Stirnemann 1988, 619). Diese Angleichung auf den wählbaren Plätzen beziehungsweise allen Funktionsebenen einer Partei herzustellen, könnte zu mehr Responsivität in den politischen Inhalten führen.

7.2 Klassenquote

Zur Überlegung steht außerdem, ob die Abbildung der sozioökonomisch schlechter gestellten Klassen mit einer freiwilligen Quote erreicht werden kann, wie sie einige österreichische Parteien als Geschlechterquote kennen, oder ob es eine Verankerung im Parteiengesetz braucht. In Österreich gab es im Vorfeld der Verabschiedung des neuen Bundesgesetzes über die Finanzierung politischer Parteien (Parteiengesetz 2012) die Forderung, die Parteienförderung an eine Frauenquote zu knüpfen. Als Beispiele dienen Frankreich, Irland oder Georgien: In Frankreich und Irland drohen Verluste der Parteienförderung oder Strafzahlungen bei Nichterfüllung der Quote, Georgien hingegen zahlt einen Bonus an jene Parteien, deren Kandidatenliste mindestens 20% Frauen aufweist. Könnten auf diese Weise mehr Menschen aus den unteren Rängen der Gesellschaft und/oder mit Migrationsgeschichte Einzug in die Parteien und damit in die Parlamente halten?

Die französische Ökonomin Julia Cagé spricht sich jedenfalls für eine Arbeiterklassenquote für gesetzgebende Körperschaften aus. Sie schlägt vor, mindestens ein Drittel der Sitze im Parlament für ArbeiterInnen, Angestellte und prekär Beschäftigte zu reservieren. Denn „the socio-occupational origin of representatives – and especially the job they had before entering politics – directly influences how they vote on legislation“ (Cagé 2020, 299).⁷ Cagé belegt im internationalen Vergleich, dass vor allem aufgrund der Schwächung der Gewerkschaften heute weniger PolitikerInnen der Arbeiterklasse denn je in den Parlamenten westlicher Demokratien sitzen. So kennen immer weniger MandatarInnen die sozioökonomische Realität des überwiegenden Teils der Bevölkerung aus eigener Erfahrung. Die Krise der Demokratie sowie der Aufstieg des Rechtspopulismus seien ebenfalls in diesem Repräsentationsdefizit begründet.

⁷ Dt.: „Die sozioberufliche Herkunft von Abgeordneten – und insbesondere der Beruf, den sie vor ihrem Eintritt in die Politik hatten – beeinflusst direkt, wie sie über Gesetze abstimmen“ [Übersetzung durch die Autorinnen].

7.3 Bürgerräte

Um mehr Repräsentation in der politischen Entscheidungsfindung herzustellen, kommen weltweit seit einigen Jahren geloste Bürgerräte zum Einsatz. Mittels qualifizierter Zufallsauswahl bilden sie die Bevölkerung als Minipopulus ab und bewirken gleiche Repräsentation entlang sozioökonomischer Kriterien. Sie stellen auf diese Weise die bislang einzige Erweiterung des Beteiligungskataloges dar, die strukturell auf die soziale Schiefelage der Partizipation antwortet. Denn ihre Wirkung besteht unter anderem darin, jene Menschen (wieder) in den politischen Prozess zu bringen, die nicht von selbst AktivbürgerInnen sind. Darüber hinaus gewährleisten sie durch den entschleunigenden Deliberations- und Moderationsprozess auch ein nichtpopulistisches Partizipationsinstrument, das gezielter Desinformation entgegenwirkt (vgl. Ehs 2020b).

Bürgerräte fungieren nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung zu Wahlen. Ein Beispiel: Zur Erweiterung des pluralistischen Meinungsbildes und der Repräsentativität gründete das Parlament der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 2019 eine eigene Bürgerkammer in Form eines institutionalisierten permanenten Bürgerrats mit 24 Mitgliedern. Die BürgerrätInnen werden per Zufallslos entlang der Merkmale Geschlecht, Alter, Wohnort und Berufstätigkeit unter allen über 16-jährigen EinwohnerInnen (also auch NichtstaatsbürgerInnen) der Region Ostbelgien gezogen, um deskriptive soziale Repräsentation zu gewährleisten. Jene BürgerrätInnen sind 18 Monate lang als „PolitikerInnen auf Zeit“ tätig, beeinflussen die Agenda des Parlaments, legen selbständig Beratungsthemen fest, können Bürgergremien zu dringenden politischen Fragen ihrer Wahl einberufen und arbeiten bei der politischen Umsetzung mit der Regierung zusammen.

Mit der Einbeziehung „gewöhnlicher“ BürgerInnen soll erreicht werden, dass Meinungen von Menschen in den politischen Diskurs Eingang finden, die ansonsten aufgrund ihrer sozioökonomischen Lage in der politischen Elite kaum abgebildet sind. Im Frühjahr 2021 kündigte die österreichische Bundesregierung in Beantwortung des Klimavolksbegehrens einen Klimabürgerrat an, um – wie etwa nach dem Vorbild Frankreichs oder des Vereinigten Königreichs – die künftige Klimapolitik bereits in der Entscheidungsfindung sozial ausgewogen zu gestalten.

7.4 Wohlfahrtsstaat – Anerkennung und Würde

Mit dem Aspekt der Responsivität hängt auch zusammen, welchen Stellenwert Staatlichkeit im Leben der Menschen einnimmt. Binden die BürgerInnen lediglich Autorität und Gehorsam an den Staat oder sind es öffentliche Dienstleistungen und soziale Beziehungen? Tritt erwerbsarbeitslosen Menschen ein strafender oder ein unterstützender Staat gegenüber? Zählt jede Stimme gleich viel oder verhilft Finanzvermögen zu einer Macht, die

sich keiner Wahl stellen muss? Die Ergebnisse unserer Studie verweisen auf eine große Distanz zwischen den NichtwählerInnen und „den Mächtigen“, die sich für „unsereins“ ohnehin nicht interessieren. Insbesondere Menschen mit Armutserfahrung und von Arbeitslosigkeit Betroffene schildern als entwürdigend und demütigend empfundene Behandlungen durch staatliche RepräsentantInnen. Dies nährt die Überzeugung, für den Staat/die Politik weniger wert zu sein und einer benachteiligten Klasse anzugehören, die politisch ohnehin nichts ausrichten kann – weswegen es auch keinen Sinn hat, an den demokratischen Aushandlungsprozessen teilzunehmen. Die negativen Erfahrungen wurden zu einer emotionalen Hürde bei der Wahlbeteiligung. Unsere Daten belegen, dass das untere sozioökonomische Drittel, im Besonderen von Armut betroffene beziehungsweise armutsgefährdete WienerInnen, mit sozialer und politischer Ausgrenzung konfrontiert ist, was das Gefühl politischer Selbstwirksamkeit beeinträchtigt. Hier kommen der Politik zwei Aufgaben zu: Zum einen gilt es, den Sozialstaat wieder auszubauen, vor allem die Daseinsvorsorge nicht den Marktmechanismen zu unterwerfen. Das Risiko, durch soziale Netze zu fallen, steigt auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie weiter an, wobei in Österreich bereits im Jahr 2019 über 1,1 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze lebten (vgl. Statistik Austria 2020). Zum anderen sind positive Erfahrungen mit staatlichen Institutionen zentral: Auf gesellschaftlicher und politischer Ebene gilt es, gegen Beschämung und Demütigung aufzutreten – sei es auf Ämtern, in Gesundheitseinrichtungen oder vonseiten politischer AkteurInnen. Wie staatliche VertreterInnen mit den Menschen umgehen, beeinflusst deren Verhältnis zu allem Staatlichen – einschließlich politischer Teilhabe. Hierbei geht es in erster Linie darum, mehr Mitsprachemöglichkeiten für die Betroffenen zu schaffen: bei der Arbeitsweise von Behörden, bei der Gestaltung von Gesetzen oder auch in der Art der medialen Berichterstattung (entsprechend den Empfehlungen der Armutskonferenz, vgl. Knecht 2018).

7.5 Demokratie als Alltagserfahrung

Unsere Studie verweist auf die Bedeutung von positiven Demokratieerlebnissen im Alltag – in Schule oder Arbeit – für die Beteiligung an Wahlen zu gesetzgebenden Körperschaften. Demokratie als Alltagserfahrung übersetzt sich in Teilnahme an den demokratischen Instrumenten des politischen Systems. So gehen ArbeitnehmerInnen, die ihre Arbeitsbedingungen mitgestalten können, auch häufiger zur Wahl. Gegenwärtig „macht Demokratie immer noch vor den Werkstoren, Bürotürmen und virtuellen Arbeitswelten Halt“, beschreibt Stephan Lessenich (2019, 46) eine der unmittelbaren Grenzen der Demokratie. Einer (weiteren) Demokratisierung des Alltags – im Besonderen von Schule und Arbeit – ist daher

Vorschub zu leisten. Wer zwar alle paar Jahre zu den Urnen gerufen wird, tagtäglich in der Firma aber Hierarchie ohne Mitsprache erlebt, überträgt die Entfremdung im Erwerbsverhältnis auch auf sein Verhältnis zur Politik.

7.6 Wahlsystem

Im Vordergrund aller Bemühungen um eine entlang sozioökonomischer Kriterien gleicher verteilten Wahlbeteiligung muss also „eine breit gefächerte präventive Politik, die der dauerhaften sozialen Exklusion großer Bevölkerungsteile entgegenwirkt“ (Merkel und Petring 2011, 13), stehen. Darüber hinaus gibt es Maßnahmen, die sich allein auf den Wahltag und die Stimmabgabe konzentrieren, dabei aber die Einbettung von Partizipation in sozioökonomische Verhältnisse außer Acht lassen. Hierzu zählen Änderungen des Wahlsystems wie beispielsweise eine Wahlpflicht: Durch eine (Wieder-)Einführung der Wahlpflicht könnte die Teilnahme drastisch erhöht werden. Selbst SkeptikerInnen halten diese Maßnahme mittlerweile für diskussionswürdig (vgl. Schäfer 2015): Wird die Nichtbeteiligung an Wahlen nicht bloß als eine individuelle Entscheidung interpretiert, sondern im sozialen Kontext verstanden, dann könnte auch die Wahlpflicht ein legitimes Instrument sein, um der asymmetrischen Beteiligung entgegenzuwirken. Was würde sich im Parteienspektrum, im Wahlkampf oder gar in der politischen inhaltlichen Gestaltung ändern, wenn tatsächlich jede Stimme zählte?

Auch ein Superwahlsonntag kann diskutiert werden: Bei Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen hat es niemals eine Wahlpflicht gegeben, dennoch war die Wahlbeteiligung im internationalen Vergleich lange Zeit ungewöhnlich hoch. Außerordentlich hohe Wahlbeteiligungen gab es in den Jahren 1923, 1927 und 1983. Der Grund lag darin, dass damals die Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen gleichzeitig mit den Nationalratswahlen abgehalten wurden. Nationalratswahlen vermögen als „Wahlen erster Ordnung“ stets stärker zu mobilisieren. Superwahlsonntage, wie sie zum Beispiel Schweden praktiziert, könnten hier Synergien schaffen.

Neben Überlegungen zur Wahlpflicht sind auch finanzielle Anreize zur Wahlteilnahme nicht reflexartig abzuwehren. Bulgarien verknüpfte die Parlamentswahlen 2005 mit einer Wahllotterie und schrieb Gewinne wie einen PC aus, um gerade jene sozialen Klassen zum Wählen zu bewegen, die ansonsten wenig Sinn darin sehen. Staatliche Geldleistungen an bestimmte Verhaltensweisen zu knüpfen kennt man in Österreich zum Beispiel von der Bindung des Kinderbetreuungsgeldes an Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen. Wenn die Republik Österreich ein Interesse an der Gesundheit der Menschen hat und dafür finanzielle Anreize bietet, könnte man ebenso für ein staatliches Interesse an hoher Wahlbeteiligung argumentieren.

7.7 Mobilisierung

Schließlich gilt für politische Parteien und PolitikerInnen, im Wahlkampf auch und gerade in jenen Bezirken und Stadtteilen zu mobilisieren, wo die Wahlbeteiligung zuvor niedrig war. WienerInnen mit geringen sozioökonomischen Ressourcen haben kaum direkten Kontakt zu gewählten RepräsentantInnen, und viele unserer NichtwählerInnen erzählten, dass in ihrer Wohngegend niemals Partei- oder Wahlveranstaltungen stattfänden. Hinzu kommt, dass aufgrund der ungleich verteilten Wahlberechtigung manche Wiener Grätzel von den Parteien offenbar bereits aufgegeben wurden: Wo fast die Hälfte der EinwohnerInnen nicht wahlberechtigt ist und die Wahlteilnahme beim letzten Mal niedrig war, scheint sich Wahlkampf nicht auszuzahlen. Diese ökonomische Sicht, die Wahlwerbeausgaben in zu erreichenden Stimmen berechnet, verkehrt allerdings das Gemeingut: Demokratie zählt zur Daseinsvorsorge und ist somit allen bereitzustellen.

7.8 Sozioökonomische Gleichheit

Der erste Schritt zu mehr Beteiligung liegt jedoch in der Erkenntnis seitens politischer EntscheidungsträgerInnen, dass politische Partizipation weniger auf Freiwilligkeit denn auf sozioökonomischen Prämissen beruht – und dass Ungleichheit die Demokratie untergräbt. Während rechtsautoritäre Parteien Gleichheit (beziehungsweise gesellschaftliche Homogenität) mittels Ausländerfeindlichkeit und Kulturkampf zu erreichen suchen, setzen sozialliberale Parteien seit einigen Jahrzehnten vor allem auf horizontale Anerkennung (wie Antidiskriminierungsrechte) – vergessen beziehungsweise hintangestellt wurde dabei vertikale Ungleichheit (Verteilungsfragen und soziale Sicherheit). Die Rückkehr der Klassenfrage auf die politische Agenda ist in Hinblick auf politische Partizipation und Repräsentation jedoch unerlässlich.

8. Fazit

Die Ergebnisse unserer Studie sind eindeutig: Sozioökonomische Ressourcen bestimmen die Erfahrungen der Menschen mit dem politischen System, und diese Erfahrungen entscheiden über ihr Vertrauen in die Demokratie und in die Wirksamkeit von Beteiligung. Bei den WienerInnen mit geringen sozioökonomischen Ressourcen münden fehlende Teilhabe an finanzieller Sicherheit und gesellschaftlicher Anerkennung sowie negative Erfahrungen mit den Institutionen des Staates im Gefühl, nicht Teil des Systems oder kein gleichwertiger Teil in diesem System zu sein. Daraus erwächst die Überzeugung, dass politische Beteiligung nichts ändert, weil

innerhalb des bestehenden Systems kein Interesse an einer Veränderung besteht. Nicht an Wahlen (oder anderen demokratischen Beteiligungsformen) teilzunehmen, ist an dieser Stelle nur mehr eine logische Folge.

Der sozialen Ungleichheit folgt damit auch in Wien politische Ungleichheit, denn ob die WienerInnen ihre Anliegen in den politischen Prozess einbringen beziehungsweise einbringen können, ist abhängig von ihren sozioökonomischen Ressourcen.

Soziale Ungleichheit übersetzt sich daher in politische Ungleichheit, weil sie ohnehin benachteiligte Bevölkerungsgruppen entmutigt, sich einzubringen. Daraus entsteht eine Wirkungskette von sozioökonomischer Ungleichheit, ungleicher politischer Beteiligung und politischen Entscheidungen zu Gunsten derer, die mitwirken, denn: Wer bereits über mehr Kapital im Sinne von Einkommen, Vermögen, formaler Bildung oder Berufsprestige verfügt, kann diesen Vorteil auch noch in politischen Ertrag übersetzen. Diese verzerrte politische Repräsentation untergräbt das Prinzip politischer Gleichheit und entzieht Gruppen mit weniger sozioökonomischen Ressourcen die Teilhabe an der politischen Gestaltung ihrer Lebensumstände.

Auch in Wien wird sich der Trend der letzten dreißig Jahre – zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit, Anstieg von Arbeitslosigkeit und prekärer Arbeit – nicht nur fortsetzen, sondern im Zuge der Coronapandemie verschärfen. Zwar fängt der österreichische Sozialstaat immer noch viele Risiken auf, indem er Armut, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter weitgehend dekommodifiziert. Doch das Sozialeigentum – und damit die Anrechte auf soziale Sicherungsleistungen, Pensionen, öffentliche Güter und Dienstleistungen – ist in den vergangenen Jahren geschrumpft. Damit einher ging ein dominierender politischer Diskurs, der die EmpfängerInnen dieser Sicherungsleistungen abwertet, ausgrenzt und für ihre Situation ausschließlich selbst verantwortlich macht. Auch die zu Beginn der Coronapandemie kurz aufgeflammt Diskussionen über Vermögenssteuern, ein höheres Arbeitslosengeld, eine Einkommenserhöhung für gering bezahlte „systemrelevante“ Arbeit oder eine Jobgarantie sind bislang nicht über die (außerparlamentarische) Opposition hinausgekommen.

Als Folge dieser Entwicklungen wird ebenso der sozioökonomische Spalt des Nichtwählens weiter aufgehen. Werden jedoch hauptsächlich die ressourcenstarken Stimmen gehört, geht das Recht noch weniger als bisher von einem repräsentativen Querschnitt des Volkes, sondern nur mehr von einem höchst exklusiven Teil davon aus. Unsere Studie bestätigt, dass weder rechtliche Gleichheit allein noch die bloße Ausweitung des Beteiligungskataloges zu mehr politischer Beteiligung führen, denn diese beruht weniger auf Freiwilligkeit denn auf sozioökonomischen Prämissen. Daher geht es vielmehr darum, der (zunehmenden) sozioökono-

mischen Ungleichheit entgegenzuwirken, um (wieder) mehr Menschen in demokratische Prozesse einzubinden. Die entscheidenden Faktoren für politische Partizipation sind ökonomische und soziale Sicherheit: formale Bildung, Einkommen, ein gesicherter Arbeitsplatz und gesellschaftliche Anerkennung. Politik, die mehr Menschen (wieder) gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, stärkt die Demokratie.

Literatur

- Altzinger, Wilfried/Humer, Stefan/Moser, Mathias (2017). Entwicklung und Verteilung der Einkommen. In: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hg.). Sozialbericht. Wien, 227–268. ISBN 978-3-85010-428-9.
- AMS (2020). Arbeitsmarktdaten. Online verfügbar unter <https://www.ams.at/arbeitsmarktdaten-und-medien/arbeitsmarkt-daten-und-arbeitsmarkt-forschung/> (abgerufen am 25.4.2021).
- Backhaus, Klaus/Erichson, Bernd/Plinke, Wulff/Weiber, Rolf (2008). Multivariate Analysemethoden. Berlin. ISBN 978-3-662-46076-4.
- Bivand, Roger (2019). Creating Neighbours. Online verfügbar unter <https://mran.microsoft.com/snapshot/2020-02-12/web/packages/spdep/vignettes/nb.pdf> (abgerufen am 25.4.2021).
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003). Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz. ISBN 978-3-896-69991-6.
- Bortz, Jürgen/Döring, Nicola (2006). Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler. Heidelberg. ISBN 978-3-540-33306-7.
- Brown, Wendy (2015). Undoing the Demos. Neoliberalism's stealth revolution. Cambridge. ISBN 978-1-935-40853-6.
- Burzan, Nicole (2011). Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien. Berlin. ISBN 978-3-322-97109-8.
- Cagé, Julia (2020). The Price of Democracy. How Money Shapes Politics and What to Do about It. Cambridge. ISBN 978-0-674-98728-9.
- Castel, Robert (2000). Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz. ISBN 978-3-896-69874-2.
- Castel, Robert (2009). Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit. In: Robert Castel/Klaus Dörre (Hg.). Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main/New York, 21–34.
- Dalton, Russell J. (2017). The Participation Gap. Social Status and Political Inequality, Oxford.
- Dörre, Klaus (2007). Prekarisierung und Rechtspopulismus – gibt es einen Zusammenhang? In: WISO Diskurs. Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, 24–34.
- Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (2013). Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Berlin. ISBN 978-3-518-29523-6.
- Ehs, Tamara (2019). Demokratie als soziale Klassenfrage? In: Günther Sandner/Boris Ginner (Hg.). Warum Demokratie Bildung braucht. Wien, 50–59.
- Ehs, Tamara (2020a). Krisendemokratie. Sieben Lektionen aus der Coronakrise. Wien. ISBN 978-3-854-76893-7.
- Ehs, Tamara (2020b). Krisenfeste Demokratie? Mehr Partizipation und breitere Deliberation! In: Thomas Köhler/Christian Mertens (Hg.). Jahrbuch für politische Beratung 2020/21. Wien, 86–98.

- Ehs, Tamara/Vospernik, Stefan (2020). Demokratie aus Perspektive der BürgerInnen. In: Reinhard Heinisch (Hg.). *Kritisches Handbuch des österreichischen politischen Systems*. BürgerInnen, Verfassung, Institutionen, Verbände. Wien, 79–115.
- Elhorst, Paul (2010). *Applied Spatial Econometrics: Raising the Bar*. *Spatial Econometric Analysis* 5 (1), 9–28.
- Elsässer, Lea (2018). Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Frankfurt am Main. ISBN 978-3-593-51004-0.
- Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin (2017). „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27, 161–180.
- Epp, Derek/Borghetto, Enrico. 2020. Legislative agendas during periods of inequality: evidence from Europe and the United States. *Journal of European Public Policy*, 1–19.
- Ferschli, Benjamin/Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard/Wildauer, Rafael. (2017). Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich. In: *Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft* 167. Working-Paper-Reihe der AK Wien. Online verfügbar unter https://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/wirtschaftswissenschaften/Bestaende_und_Konzentration_privater_Vermoegen_in_Oesterreich.pdf (abgerufen am 25.4.2021).
- Flick, Uwe (2007). *Qualitative Sozialforschung*. Hamburg. ISBN 978-3-499-55694-4.
- Hatz, Gerhard/Kohlbacher, Josef/Reeger, Ursula (2016). Socio-economic segregation in Vienna: A social-oriented approach to urban planning and housing. In: Tiit Tammaru/Szymon Marcinczak/Maarten van Ham/Sako Musterd (Hg.). *Socio-economic segregation in European capital cities*. London, 80–109.
- Hillen, Sven/Steiner, Nils (2020). The consequences of supply gaps in two-dimensional policy spaces for voter turnout and political support: The case of economically leftwing and culturally right-wing citizens in Western Europe. *European Journal of Political Research* 59 (2), 331–353.
- Hooghe, Marc/Kern, Anna (2017). The tipping point between stability and decline: Trends in voter turnout, 1950–1980–2012. *European Political Science* 16 (4), 535–552.
- Judt, Tony (2010). *Dem Land geht es schlecht*. Köln. ISBN 978-3-446-23651-6.
- Knecht, Alban (2018). Beschämung von Armutsbetroffenen – Erfahrungen und Gegenstrategien. *Soziale Arbeit* 68 (9), 342–349.
- Knittler, Käthe (2016). Atypische Beschäftigung im Jahr 2015 und im Verlauf der Wirtschaftskrise. *Statistische Nachrichten* 6, 416–422.
- Kreckel, Reinhard (2004). *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit*. Frankfurt am Main. ISBN 978-3-593-37598-4.
- Kritzinger, Sylvia/Wagner, Markus/Glavanovits, Josef (2018). Wählen mit 16. ErstwählerInnen bei der Nationalratswahl 2017. Online verfügbar unter https://www.parlament.gv.at/ZUSD/PDF/Endbericht_NRW_2017_final.pdf (abgerufen am 24.4.2021).
- Lamnek, Siegfried (2005). *Qualitative Sozialforschung*. Weinheim. ISBN 978-3-621-27544-6.
- LeSage, James/Pace, R. Kelley (2009). *Introduction to Spatial Econometrics*. London. ISBN 978-1-420-06424-7.
- Lessenich, Stephan (2019). *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem*. Stuttgart. ISBN 978-3-150-19625-0.
- Merkel, Wolfgang/Petring, Alexander (2011). Auf dem Weg zur Zweidrittel-Demokratie. Wege aus der Partizipationskrise. *WZB-Mitteilungen* 134.
- Merkel, Wolfgang/Petring, Alexander (2011). Partizipation und Inklusion. In: Friedrich Ebert Stiftung (Hg.). *Demokratie in Deutschland*. Berlin.
- Molina Xaca, Camilo/Quinz Hannah/Reinprecht, Christoph (2020). Sozialraum Monitoring: Durchmischung und Polarisierung in Wien. *AK Stadtpunkte* 34. Online verfügbar unter <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/ppnresolver?id=AC16147518> (abgerufen am 25.4.2021).

- Pickett, Kate/Wilkinson, Richard (2009). Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Berlin. ISBN: 978-3-942-04809-5.
- Rosset, Jan/Stecker, Christian (2019). How well are citizens represented by their governments? Issue congruence and inequality in Europe. *European Political Science Review* 11 (2), 145–160.
- Schäfer, Armin (2015). Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt am Main. ISBN 978-3-593-50198-7.
- Schlipphak, Bernd (2012). Verdrossen über PolitikerInnen und die Demokratie? Der Effekt des Vertrauens in PolitikerInnen auf die individuelle Demokratiezufriedenheit in Österreich. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 41 (4), 345–361.
- Schönherr, Daniel/Zandonella, Martina (2020). Arbeitsbedingungen und Berufsprestige von Beschäftigten in systemrelevanten Berufen in Österreich. Online verfügbar unter https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitsundsoziales/arbeitsmarkt/AK_Studie_Arbeitsbedingungen_in_systemrelevanten_Berufen.pdf (abgerufen am 25.4.2021).
- Seliger, Maren/Ucakar, Karl (1984). Wahlrecht und Wählerverhalten in Wien 1848–1932. Wien. ISBN 3-224-16046-2.
- Solt, Frederick (2008). Economic Inequality and Democratic Political Engagement. *American Journal of Political Science* 52 (1), 48–60.
- Sozialministerium (2020). BALI-Datenbank. Online verfügbar unter <https://www.dnet.at/bali/> (abgerufen am 25.4.2021).
- Statistik Austria (2020). Tabellenband EU-SILC 2019. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Online verfügbar unter https://www.statistik.at/web_de/frageboegen/private_haushalte/eu_silc/index.html (abgerufen am 25.4.2021).
- Stirnmann, Alfred (1988). Rekrutierung und Rekrutierungsstrategien. In: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz (Hg.). *Das österreichische Parteiensystem*. Wien. 599–643.
- Strauss, Anselm (1998). *Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung*. Stuttgart. ISBN 978-3-825-21776-1.
- Verba, Sidney/Schlozman, Kay/Brady, Henry (1995). *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Harvard. ISBN 978-0-674-94293-6.
- Zandonella, Martina/Hacker, Evelyn (2016). Schadet Ungleichheit der Demokratie? Die Auswirkungen von lokaler Einkommensungleichheit auf das Nichtwählen in Österreich am Beispiel der Nationalratswahl 2013. *Wirtschaft und Gesellschaft* 42 (2), 303–323.
- Zandonella, Martina/Heinz, Janine (2018). Junge Menschen und Demokratie in Österreich. Forschungsbericht im Auftrag des Österreichischen Parlaments. Online verfügbar unter https://www.parlament.gv.at/ZUSD/PDF/SORA_Bericht_Parlament_Junge_Menschen_und_Demokratie_2018_BF.pdf (abgerufen am 23.04.2021).
- Zandonella, Martina/Baumegger, David/Sturmberger, Werner (2020). Zur psycho-sozialen Situation der WienerInnen während der Corona-Pandemie. SORA-Studie im Auftrag von MA23, PSD, PID und FSW.
- Zandonella, Martina (2020). *Demokratie Monitor 2020*. Online verfügbar unter <https://demokratiemonitor.at> (abgerufen am 23.4.2021).
- Zandonella, Martina (2019). *Demokratie Monitor 2019*. Online verfügbar unter <https://demokratiemonitor.at> (abgerufen am 24.4.2021).

Zusammenfassung

An den Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen 2020 nahm mehr als ein Drittel der wahlberechtigten WienerInnen nicht teil – und die Wahlbeteiligung war ungleich verteilt. Es sind nämlich sozioökonomische Ressourcen, die über die Erfahrungen der Menschen mit dem politischen System bestimmen und letztlich über ihr Vertrauen in die Demokratie und in die Wirksamkeit von Beteiligung entscheiden. Die Höhe des Einkommens und Vermögens, die Beschäftigungsart beziehungsweise Arbeitslosigkeit, die formale Bildung sowie der gesellschaftliche Status wirken sich auf die politische Partizipation der Menschen aus. Darauf weisen zahlreiche internationale Studien seit Langem hin; für Wien fehlte bislang allerdings eine detaillierte Analyse. Diese Forschungslücke konnte nun geschlossen werden.

Abstract

More than a third of eligible Viennese voters did not participate in the Vienna municipal elections of 2020 – and this voter turnout was unevenly distributed. It is socio-economic resources that determine people's experiences with the political system and ultimately their trust in democracy and the effectiveness of participation. The level of income and wealth, the type of employment or unemployment, formal education and social status all have an impact on people's political participation. Numerous international studies have been pointing this out for a long time; however, a detailed analysis for Vienna has been missing until now. This research gap has now been closed.

Schlüsselwörter: Wahlbeteiligung, soziale Ungleichheit, Partizipation, Mixed Methods-Design.

Keywords: voter turnout, social inequality, participation, mixed methods design.

JEL-codes: C21, H10, H75, I31, Z18.